

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 42

FEBRUAR 1982

DM 1,-

Weg mit den antisowjetischen Sanktionen!

Kalte Krieger trauern um Solidarność

5. Januar. Ronald Reagan und General Haig sind außer Rand und Band. Im letzten Sommer verkündete Reagan, daß die polnische Krise „den Anfang vom Ende“ des Kommunismus darstelle. Und er plauderte nicht einfach als Gast in einer Talk-Show; als Oberbefehlshaber der mächtigsten imperialistischen Armee der Welt meint er es ernst und ist bereit zu handeln. Bei ihrem Bemühen, ein „Roll-back“ des Kommunismus zu organisieren, inszenieren die Reagan-Boys Provokationen rund um den Erdball, vom Abschießen libyscher Flugzeuge über umstrittenen Gewässern bis zu Blockadedrohungen gegen Kuba und Nicaragua. Aber Polen war der Dreh- und Angelpunkt. Mit dem Emporschließen einer pröwestlichen, anti-kommunistischen Solidarność sahen die herrschenden NATO-Kreise eine historische Chance – die beste seit dem Zweiten Weltkrieg, sagten sie –, um die Macht der Sowjetunion bis zu den russischen Grenzen zurückzudrängen. Der liberale amerikanische Kommentator Ronald Steel erläuterte, was mit Solidarnośćs Griff nach der Macht auf dem Spiel stand:

„Hätte Solidarność ihre durchschlagenden Forderungen erreicht, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gebrochen, wäre die sowjetische Kontrolle über den Rest Osteuropas bedroht gewesen. Die anderen Satelliten hätten folgen können... Der Eiserner Vorhang hätte zerbrechen können.“ (New York Times, 3. Januar)

Seit dem Beginn des Kalten Krieges trachtet der Imperialismus nach der Wiedereroberung der sowjetischen Einflußsphäre (den osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten), die er mit dem Abkommen von Jalta 1945 diplomatisch anerkannt hatte. Jetzt reden NATO-Politiker offen darüber, die Jalta-Vereinbarungen zurückzuweisen und rückgängig zu machen. Inzwischen hat die Reagan-Regierung das Schreckgespenst einer „sowjetischen Bedrohung Polens“ benutzt, um in der Bevölkerung Unterstützung für eine Milliarden-Aufrüstung und ihre atomare Erstschlagsstrategie zu gewinnen. Indem sie Solidarność halfen (über den amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO allein 350 000 Dollar) und aufstachelten, die Sowjets in immer direkterer Weise herauszufordern, indem sie Pläne für den Ernstfall vorbereiteten und sich mit „dem sowjetischen Interventionsspiel“ herumtrugen, wie



Warschau, 13. Dezember: Gegenputsch des Jaruzelski-Regimes stoppt klerikal-nationalistische Solidarność

ein Regierungsbeamter es nannte, taten die USA alles in ihrer Macht stehende, um ein militärisches Eingreifen der Russen in Polen zu provozieren.

Durch den Schlag gegen Solidarność durch die polnische Armee sind die Pläne des US-Imperialismus für ein Polen der „freien Welt“ an der sowjetischen Grenze, oder zumindestens für eine blutige Schlacht zwischen dem sowjetischen Militär und den polnischen Massen gründlich vereitelt worden. Von Wall Street bis zum Weißen Haus war Amerikas herrschende Klasse frustriert und verärgert. Wenn die Antwort der Reagan-Regierung anfänglich „zurückhaltend“ war, dann deswegen, weil sie mit einem Eingreifen der Russen gerechnet hatte und wie Carter im Falle Afghanistans überrumpelt worden war (während sie damit beschäftigt war, sich vor angeblich in den USA herumschwir-

renden libyschen Todeskommandos zu verstecken). Aber unter dem Druck der Rechten, nicht zuletzt den rabiaten Kalten Kriegern der AFL/CIO, brachte Reagan die „Freiheit für Polen“-Kampagne auf Hochtouren. In seiner Weihnachtsbotschaft denunzierte der amerikanische Präsident die „Kräfte der Tyrannei“ in Polen, die „das Grundrecht auf Bildung freier Gewerkschaften und auf Streik“ verweigerten.

Das von einem Mann, der die amerikanische Fluglotsengewerkschaft PATCO zerstörte, indem er die gesamte Mitgliedschaft feuerte, weil sie zu streiken gewagt hatte! Und dies ist der gleiche „Freiheitskämpfer“, der den Todesschwadronen in El Salvador Millionen Dollar in Form von Waffen schickt, Killerkommandos, die jede Nacht mindestens viermal soviele Menschen morden wie in Polen seit Verhängung des Kriegs-

rechts getötet worden sind! Der gleiche US-Imperialismus, der den blutigen Putsch 1973 in Chile bejubelte (und vorbereiten half), durch den 30 000 Linke ermordet wurden, und der mehr als eine Million Bauern und Arbeiter in Vietnam abschlachtete. Wenn Reagan & Co. von „freien Gewerkschaften“ sprechen, meinen sie das, was unter den Hitler-Fans Marschall Ky und General Pinochet existierte und existiert.

Unter dem Druck von Kritik, daß er viel reden aber nichts tun würde, griff Reagan auf ökonomische Sanktionen zurück, zunächst gegen die Polen (keine Landrechte mehr für die LOT-Fluggesellschaft in den USA, keine Fischfängerlaubnis mehr vor Cape Cod, Stopp einiger Lebensmittellieferungen), dann gegen die Russen (Exportverbot für Investitionsgüter der Öl- und Erdgasindustrie, für hochentwickelte Elektronik, Aufhebung der Landrechte für Aeroflot). Solange wie Westeuropa und Japan nicht mitmachen – und sie sagen hartnäckig, daß sie es nicht tun werden –, werden diese Sanktionen die amerikanischen Kapitalisten mehr als die Russen treffen. Amerikanische Wirtschaftskreise erinnern sich an Carters Afghanistan-Getreideboykott und andere „Strafmaßnahmen“ als an eine Sache, womit man sich ins eigene Fleisch geschnitten hatte. Aber ungeachtet der quantitativen Auswirkungen von Rea-

Fortgesetzt auf Seite 4

POLEN

Pilsudski und Konterrevolution in Polen... 6
Italien: Kein Streik für die Schwarze Madonna! ... 5
Polen und die Linke ... 3

KB: Fünf vor Zwölf

Der Zweite Kongreß des KB hat alle drängenden programmatischen Fragen ausgeklammert, von Polen bis zur Rolle des deutschen Imperialismus. Konfusion, Impressionismus und Opportunismus drohen jetzt den KB in alle Richtungen zu zerreißeln. Schon ist beschlossen worden, die Zeitung nur noch monatlich erscheinen zu lassen.

Entstanden aus der neu-linken ML-Bewegung, d. h. ohne auf eine revolutionäre Tradition in der Arbeiterbewegung zurückzugehen oder sich ernsthaft mit deren Lehren auseinanderzusetzen, sah sich der KB gern als selbsternannter Koordinator und Sprecher „der Bewegung“. Solange Arbeiterfetischismus „in“ war, dominierte Workerismus in seinem unausgesprochenen Programm und stand seiner Zeitung der Name Arbeiterkampf gut an. Mit dem Abschreiben der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt bei weiten Teilen der Linken hat auch der KB mit aller Kraft die Wendung ins kleinbürgerliche Milieu vollzogen: Feminismus, Ökologie und eben jetzt die Anti-Kriegs-Bewegung. Soweit ist die kleinbürgerlich-pazifistische Verzweigung in den KB eingedrungen, daß die konsequentesten Liquidatoren bereit sind, Arbeiterkampf in 5 vor 12 zu vertauschen!

Den subjektiv revolutionären Genossen, die es im KB noch gibt, sagen wir: Es ist höchste Zeit, nachzudenken anstatt ständig mit dem Strom mitzuschwimmen. Die alte „ML-Bewegung“ ist zusammengebrochen. Die konsequentesten Vaterlandsverteidiger KPD und MLD haben sich auflösen müssen; es gab für ihre eigenständige Existenz als linke Organisationen keine Berechtigung mehr. Der KB ist auf dem selben Weg. Der deutsche Nationalismus aber feiert fröhliche Urständ eben in der vom KB als neue Perspektive angepeilten sozialdemokratischen, nationalistischen „Friedens“bewegung. Der KB will die Avantgarde dieser Bewegung sein. „300 000 in Bonn!“ war sein Jubelruf am 10. Oktober. Er stand in einer Front mit den sozialdemokratischen Demagogen Eppler und Albertz, die nicht wollten, daß ihr kapitalistisches Deutschland „Schießplatz der Supermächte“ wird. Die „Friedens“bewegung ist keine so unbefleckte Jungfrau, wie es der KB uns glauben machen möchte. In ihr manifestieren sich die Absichten des deutschen Imperialis-

mus, verlorenes Terrain zurückzuerobern. Sein Weg ist nicht der Kriegskurs des US-Imperialismus mit Deutschland als künftiges Schlachtfeld Nummer eins. Sein Weg ist die innere ökonomische Aushöhlung und Erpressung der Arbeiterstaaten, sein Ziel die Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage. Der KB richtet sich aber lediglich gegen den „Einfluß“ der Sozialdemokratie auf die „Friedens“bewegung, ohne ihren grundsätzlich kleinbürgerlichen, nationalistischen Charakter zu durchschauen – und wird so zum Handlanger imperialistischer Interessen. Möglichst „breite Bündnisse“ sucht der KB, und erfindet sie in der Tat: Wer ist nicht gegen Krieg jetzt und hier? Wer ist nicht gegen Reagans Kriegskurs? Wer ist nicht gegen die Russen (und den Kommunismus)? Der KB gibt vor, gegen die eigene Bourgeoisie zu kämpfen – in einer Front mit der „Bewegung“.

Besonders im in zwei soziale Systeme gespaltenen Deutschland ist es offensichtlich, daß man nicht die neue Welle des Nationalismus zurückweisen und proletarischer Internationalist sein kann, ohne seine Haltung in der russischen Frage geklärt zu haben. Die TLD hat versucht, die Demonstration am 10. Oktober um die Lösungen zu polarisieren: „Zerschlagt die NATO durch Klassenkampf! Verteidigt die Sowjetunion! Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!“ Es ist notwendig, eine Seite zu beziehen. Wir verteidigen die degenerierte Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten als einen historischen Fortschritt trotz der herrschenden Bürokratenkaste gegen das Vorhaben des Imperialismus, diese Staaten aufzurollen. Aber unser Ziel ist nicht der Status quo. Wir haben eine Antwort, die Kriegsgefahr in Europa zu bannen: die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands als Teil der sozialistischen Staaten von Europa.

Ratlosigkeit war das Zeichen des KB-Kongresses. Die drohende Kriegsgefahr könnte die KB-Anhänger individuell oder als Organisation dazu treiben, sich in den Nationalismus der „Friedens“bewegung aufzulösen. Die TLD hat eine Perspektive gegen kleinbürgerliche Ohnmacht, die ins Lager der Bourgeoisie treibt: proletarische Weltrevolution. Kämpft mit uns für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei als notwendigem Instrument der proletarischen Machtergreifung!

mächte“ gibt nicht viel her (deshalb benutzt ihn auch jeder). Wenn diese Einschätzung zutreffen würde, wenn es also nur um eine Auseinandersetzung imperialistischer Staaten ginge, hätten Kommunisten eine eindeutige Haltung – Lenins Position von 1914 war revolutionärer Defätismus: Die Arbeiterklasse aller Länder muß „ihre“ Bourgeoisie im revolutionären Kampf entwerfen. In diesem Fall wären also die vielen Artikel im Arbeiterkampf über die militärische Unterlegenheit der UdSSR im besten Fall nutzlos, denn das hätte keinen Einfluß auf die kommunistische Haltung zum Krieg. De facto sind diese Artikel gegen die „Bedrohungslüge“ nur der Versuch, einer eindeutigen Einschätzung der UdSSR auszuweichen; sie stellen den Minimalkonsens dar, der die unterschiedlichen KB-Positionen in dieser Frage zusammenhalten soll.

Revolutionäre Politik gegen den Krieg muß auf der klaren Vorstellung basieren, daß Reagans Kriegshetze den Haß gegen die Oktoberrevolution und die Entschlossenheit der Imperialisten widerspiegelt, jenes Sechstel des Erdballs zurückzuerobern, das ihnen 1917 entrissen wurde. Trotz taktischer Differenzen ist das natürlich auch das historische Ziel des deutschen Imperialismus, auch unter dem NATO-Kanzler Schmidt. Kommunisten haben eine Seite in dieser Auseinandersetzung! Der größte Sieg, den die Arbeiterklasse bis heute errungen hat, die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die russische Revolution unter Führung der Bolschewiki, die Etablierung einer geplanten Wirtschaft, darf nicht in die Hände der Kapitalisten zurückfallen!

Die stalinistische Bürokratie, die unter der objektiven Voraussetzung der Niederlagen der europäischen Revolution bis 1924 durch eine politische Konterrevolution – die Erwürgung der Arbeiterdemokratie in Staat und Partei – ihre Macht festigte (eine soziale Konterrevolution, das heißt kapitalistische Restauration, hat nie stattgefunden), stellt selbst durch ihre Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus eine permanente Gefahr für den Arbeiterstaat dar. Die stalinistische Bürokratie muß durch eine politische proletarische Revolution gestürzt werden. Aber die Staaten, in denen der Kapitalismus zerschlagen ist, müssen trotz ihrer bürokratisch/stalinistischen Deformation bedingungslos gegen den Imperialismus verteidigt werden – selbst wenn sie, wie die herrschende Bürokratie in China, konjunkturell im Bündnis mit dem US-Imperialismus stehen.

Nicht Pazifismus – Klassenkrieg gegen die eigene Bourgeoisie

Diese klare Position stellt uns auch scharf gegen die konterrevolutionären Absichten unserer „eigenen Bourgeoisie“. Aber der KB bringt es fertig, die Russell-Initiative zu unterstützen, die unter den gegebenen Machtverhältnissen antisowjetisch sein muß; den Krefelder Appell zu unterstützen, der für friedliche Politik „im Rahmen des Bündnisses“ (sprich: der NATO!) eintritt, und folgerichtig wird er so weit ins nationalistische Fahrwasser getrieben, den berüchtigten DGB-„Friedens“-Aufruf zu unterstützen, der die Sowjetunion wegen Afghanistan zum Hauptaggressor stilisiert, verglichen womit die Erwähnung der Militärdiktatur in der Türkei billig ist.

Im AK wird zwar einige Male gegen Abrüstungsforderungen an die Adresse der Sowjetunion polemisiert, aber der KB ist bei Propagandablöcken dabei, die „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“ zu ihrer Losung machen. Würde die Sowjetunion nicht über atomare Waffen verfügen, hätten die imperialistischen Räuber sie längst zu einer Atomwüste gemacht. 1966 forderten wir einen nuklearen Schutzschild der Sowjetunion über Hanoi, nicht weil wir blutrünstige Militaristen sind, sondern weil dadurch die US-Bombardierung Nordvietnams hätte verhindert werden können, weil so das Blut von

Zehntausenden in Vietnam und Kambodscha nicht hätte vergossen werden müssen.

Polen darf nicht kapitalistisch werden!

Der Erste Kongreß von Solidarność hatte deutlich gemacht: Solidarność ist Instrument der kapitalistischen Restauration in Polen geworden, gelbe Gewerkschaft im Dienst der Banken, der Kirche und der CIA. Ihr konterrevolutionärer Griff zur Macht konnte durch die Machtübernahme des Militärs vereitelt werden.

Der Ausnahmezustand muß aufgehoben werden, die Verhafteten müssen freigelassen werden, sobald die konterrevolutionäre Gefahr vorüber ist. Die beste Möglichkeit wäre das Eintreten einer relativ offenen Situation, um erneut die Chance für die Schmiedung einer revolutionären trotzkistischen Partei zu haben, mit der Perspektive der revolutionären Einheit der russischen und polnischen Arbeiterklasse gegen die stalinistischen Bürokratien. Denn wir haben die Hoffnung in das polnische Proletariat, das durch Jahrzehnte stalinistischer Verratspolitik in die Arme von Kirche und Nationalismus getrieben wurde, nicht aufgegeben.

Der KB ist nicht in den Chor der „Solidarität mit Solidarność“-Fans eingefallen. Noch im letzten AK (11. Januar) schreibt Ihr, daß Solidarność „... in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen hat, sich der hiesigen Öffentlichkeit als antikommunistischer, von Herzen pro-westlicher und keiner rechten Kumpanei abgeweihter Verband darzustellen!“ Aber was waren Eure Konsequenzen daraus? Während Ihr TAZ, Grünen und anderen Linken vorwerft, auf der Seite von Reagan zu stehen, indem sie eine „Einmischung“ in Polen fordern, stoßt Ihr ideologisch ins gleiche Horn, indem Ihr die Militärherrschaft in Polen mit der in Chile oder der Türkei gleichsetzt. Im AK mokiert Ihr Euch über die antikommunistischen Vertreter im „Solidarität mit Solidarność“-Komitee, aber Ihr habt selbst zu der Demonstration dieses Komitees am 18. Dezember aufgerufen und Euch daran beteiligt!

Kommunist zu sein, heißt proletarischer Internationalist zu sein, heißt in Polen eine Seite zu haben, gegen Nationalismus und Kirche, gegen die stalinistische Bürokratie, aber für die Verteidigung des bürokratisch deformierten polnischen Arbeiterstaates. Der KB dagegen weist jede Verantwortung von sich und zieht sich auf die leeren Formeln „Gegen Einmischung“, „Für das Selbstbestimmungsrecht“ bequem zurück. In Wahrheit dient dies nur dem Zweck, jedem im KB sein Heim zu belassen, Solidarność-Freunden, Workeristen und Kritikern. Einheitsfront im KB? Ja, bitte.

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands

Der KB sieht nur eine Möglichkeit, wie sich der Status quo verändern könnte: durch Krieg und Reaktion. Zu Deutschland führt

Fortgesetzt auf Seite 9

Offener Brief an den Zweiten KB-Kongreß

Genossinnen und Genossen, „Der KB-Kongreß hat nichts entschieden. Die weitverbreitete Hochstimmung über den ‚erfolgreichen‘ Kongreß wird gerade so lange dauern, bis über die ‚praktische‘ Politik alle schlecht versteckten Widersprüche wieder zum Vorschein kommen“ (nachgedruckt in *Unser Weg* Nr. 32), das sagten wir vor zwei Jahren nach dem Ersten Kongreß des KB. Die Krise des KB ist nicht auf die *Form* Eurer Zeitung oder die Auflagenstärke der TAZ zurückzuführen, sondern auf Eure programmatische Hilflosigkeit und die Unfähigkeit, revolutionäre Antworten zu geben in einer Zeit, die

von zunehmender Kriegsgefahr, ökonomischer Krise und wachsendem Nationalismus geprägt ist.

Und es gibt zwei Fragen, an denen heute niemand, der eine revolutionäre Politik gegen den Krieg, gegen Reagans Versuche, über Polen die Kriegshetze zur Weißglut zu bringen, betreiben will, vorbei kann: 1. Wie hältst Du es mit der eigenen Bourgeoisie? – und 2. Was ist der Klassencharakter der UdSSR? Sollen Revolutionäre die Sowjetunion gegen Angriffe des Imperialismus verteidigen?

Revolutionärer Kampf gegen den Krieg bedeutet: Verteidigung der Sowjetunion!

Ein Großteil der Linken hat diese Fragen mit offener Burgfriedenspolitik beantwortet. Der KB will sich in die breite Front der alten und neuen Vaterlandsverteidiger nicht einreihen, und er wendet sich gegen die Gleichsetzung des Aggressors US-Imperialismus mit der Sowjetunion – das ist begrüßenswert. Aber der KB hat einen sehr wackligen Stand, weil er über keine Einschätzung der Sowjetunion verfügt und dauernd in Gefahr ist, in den gleichen Sog der Rechtsentwicklung zu geraten wie seine ehemaligen Bündnispartner – von den Polen-Komitees über die AL-Westberlin zur nationalistischen Friedensbewegung.

Der Begriff der sich befehdenden „Super-

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 16 747
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG:
Postfach 11 22 31
2000 Hamburg 11
Tel.: 040/389 53 59

WESTBERLIN:
Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11
Tel.: 030/882 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen
Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Frank Behr

REDAKTION: Elke Gasper, Silvia Lenz, Christoph Steiner (herausgebender Redakteur), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Renate Müller

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Anti-Rotfront: Polen und die Linke

„Gut wäre es, wenn wir den Rechten zuvorkämen“, sagte Cohn-Bendit am 13. Dezember 1981 „in einer warmen Stube im Westen“ (Pflasterstrand). Nur war den Rechten nicht zuvorzukommen – „Solidarität mit Solidarność“ war und ist ihr Thema, sie sind aus der antikommunistischen „Volksfront“ nicht wegzudenken. So riefen in Westberlin Mandels Gruppe Internationale Marxisten (GIM) und ihre Frontgruppe Sozialistische Linke (SoLi) zur Demonstration im trauten Verein mit dem reaktionären Klub Polski auf. GIM/SoLi marschierten am nächsten Tag nur wenige Meter hinter den Transparenten der Exil-Polen – „Rote Schweine raus aus Polen“. Am 14. Dezember verkauften GIMler in Hamburg ihre *was tun* neben dem Banner „Freiheit für Polen – RCDS“. Und die größte bisherige Mobilisierung gegen den Ausnahmezustand in Polen war die Demonstration von 7500 Katholiken in München – mit F.J. Strauß und Bischöfen an der Spitze.

Winfried Wolf (GIM) appellierte zusammen mit Peter von Oertzen und dem „Alle-Macht-der-Madonna“-Prediger Heinz Brandt an den Antikommunismus der DGB-Führung, an die Agenten des Kapitals in der Arbeiterbewegung: „Wo bleibt die Stimme der deutschen Gewerkschaften? Wo ihre Aktionen?“ (Erklärung des Koordinationsausschusses der Initiative „Solidarität mit Solidarność“ zum Militärputsch in Polen) Diese Gewerkschaften – das heißt ihre gelben Bürokraten – erhoben im letzten Herbst feierlich ihre Stimme... um ihre gesellschaftliche Übereinstimmung mit der Bundeswehr zu erklären. Wolfs österreichische Genossen verkündeten, „Briefe, Resolutionen, Unterschriftenlisten an den ÖGB, die SPÖ und die Bundesregierung können diese zu Hilfs- und Protestmaßnahmen bewegen“ (die linke, 6. Januar). Welche Aktionen meinen die Solidarność-Freunde? Den Boykott von Wirtschaftsgütern an Polen, wie es Reagan von Schmidt erwartet? Damit folgen diese „Linken“ der Strategie von Reagans Europa-Experten Eagleburger, der erklärte: „Vor allem von den europäischen Gewerkschaften und deren Empörung über die Unterdrückung ihrer polnischen Kollegen versprechen sich die amerikanischen Regierungsverantwortlichen einen wachsenden Druck auf die europäischen Regierungen, im Sinne Washingtons gemeinsam zu handeln.“ (Arbeiterkampf, 11. Januar)

Reagans deutsche „Linke“

Den Pseudotrotzkisten der GIM ist die westdeutsche Regierung nicht militant genug gegen die Sowjetunion. In ihrer „Erklärung zum Militärputsch in Polen“ kritisieren sie Helmut Schmidt im Stil der Springer-Presse: Seine erste Erklärung zu Polen stünde „... in peinlicher Übereinstimmung mit SED-Generalsekretär Erich Honecker...“ Die GIM bringt es fertig, Schmidt zum Agenten von Honecker zu stempeln, die katholische Kirche als proalinistisch zu denunzieren und als wahre Verantwortliche für den Gegenputsch Jaruzelskis... die deutschen Bankiers (!) zu orten. („Klappsitz für Banker im Militäratt“, *was tun*, 14. Januar) Haben diese Leute je etwas von Klasseninteressen gehört? Offensichtlich nicht, sonst würden sie nicht in dem Koordinationsausschuß der Komitees „Solidarität mit Solidarność“ mit Gerd Koenen vom KBW koexistieren, einer Gruppe, die meint, daß es einen deutschen Imperialismus nicht gibt; oder mit Heinz Brandt, der in der Zeitschrift *Kritik* (Nr. 27) von sich gab: „Unsere Linke dagegen verdrängt, welche progressive Rolle die USA stets in der polnischen Frage spielte: bei ihrer Geburt, während der Anti-Hitler-Koalition – und heute.“ Ja, Heinz Brandt, der die Grüne Partei aus Protest gegen die „kommunisti-



Westberlin, 14. Dezember: Reaktionäre Polen mit Bannern „Rote Schweine raus aus Polen!“ und „Jaruzelski – sowjetische Hure an den Galgen!“. Gemeinsam mit dem Club Polski demonstrierten GIM/SoLi, KBW, KABD und AL

sche Unterwanderung“ verlassen hat – in den Solidarność-Ausschüssen fühlt er sich zu Hause!

Und die GIM weiß, was sie tut. Der Autor eines *was tun-EXTRA* vom 6. November („soeben von einer Polen-Reise zurück“) schreibt: „Sozialistisches Bewußtsein ist fast vollständig verschwunden.“ „Solidarność ist in der überwiegenden Mehrheit nicht sozialistisch.“ „Die stärkste (Fraktion in Solidarność) ist die von Lech Walesa repräsentierte christlich-nationale Tendenz...“ (Hervorhebung der GIM!) Angesichts der antisozialistischen Führung von Solidarność, angesichts von geschätzten 43 Prozent der polnischen Bevölkerung, die bei Wahlen für christlich-demokratische Kandidaten gestimmt hätten, wie lautete die „Lehre“ von Winfried Wolf aus Jaruzelskis Gegenschlag? Solidarność hätte „die Partei- und Militärführung in dem Moment“ verhaften sollen, „wo diese sich gegen die Abhaltung eines Referendums ausgesprochen hätten.“ (*was tun*, 14. Januar) Die GIM scheint einen entscheidenden Schritt gemacht zu haben in Richtung Gleichsetzung des Arbeiterstaates Sowjetunion – bürokratisch degeneriertes Produkt der Oktoberrevolution von Lenin und Trotzki – mit dem faulenden Imperialismus: „Die Welt der Honecker und Schmidt, der Wall Street und des Kreml ist eine Welt: eine Welt, die auf der ökonomischen Ausbeutung und politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse, auf der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch die herrschenden Klassen oder staatlichen Bürokratien basiert.“ (gemeinsames Flugblatt von GIM/SoLi, 14. Dezember 1981)

Wie kommt es, daß linke Gruppen versuchen, am lautesten zu brüllen im antisowjetischen Chor, mit Reagan und Strauß? Es ist die russische Frage, die Revolutionäre von den Anhängern des imperialistischen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion trennt. Reagans Kalter Krieg gegen die Sowjetunion stellt jeden Linken vor die Entscheidung: für oder gegen die eigene Bourgeoisie? Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion oder Kapitulation vor dem Druck der bürgerlichen „öffentlichen Meinung“ auf die Linke. Bemerkenswert ist, daß linke Gruppen wie die GIM objektiv rechts stehen von Helmut Schmidt in der Polen-Frage – weil Schmidt weiß, daß westliche Aktion gegenüber Polen den Anfang des dritten Weltkriegs bedeutet, so oder so. Und ein Großteil der deutschen Bourgeoisie setzt heute eher auf die ökonomische Aushöhlung der deformierten Arbeiterstaaten statt auf einen Krieg,

in dem Deutschland das Schlachtfeld Nummer eins wäre. Diese weitverbreitete Einsicht ist auch der Grund, warum Polen-Demonstrationen nur einen Bruchteil dessen mobilisieren konnten, was im Herbst für den „Frieden“ auf der Straße war. „Solidarität mit Solidarność“ heißt imperialistischer Krieg – Leopard-Panzer nach Warschau!

„... Hinübermarschieren, ja?“

Die GIM steht keineswegs allein da. Die neulinke „undogmatische“ Tageszeitung hat sich schon seit langem Lorbeeren als Sprachrohr Kalter Kriegspropaganda erworben. In

Spartakist raus, Bayernkurier rein?

Die Hamburger Ortsgruppe der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) hat Anfang Januar den weiteren Verkauf von Publikationen der internationalen Spartacist Tendenz in ihrem Buchladen verboten: Unsere Position zu Polen sei „offen konterrevolutionär“.

Natürlich, wenn für die GIM die klerikal-nationalistische Reaktion der Solidarność an den Platz der proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie getreten ist, dann gibt es für sie geeignetere Lektüre zum Verkauf. Versucht es doch mal mit Franz Josef Strauß' *Bayernkurier*! Schließlich wird hier doch wacker für die „Freiheit für Polen“ gestritten. Oder wenigstens mit der *Kommunistischen Volkszeitung* des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Schließlich sitzt ihr doch jetzt bei der „Polen-Solidarität“ alle in einem Boot, der Winfried, der Hans-Gerhart und der Franz-Josef!

einem *taz*-Telefoninterview (15. Dezember 1981) mit dem österreichischen Kanzler Bruno Kreisky war es selbst diesem waschechten Reformisten zuviel. Auf die Frage der *taz*, „objetzt nicht die Stunde ist, in der das polnische Volk auch auf eine europäische Solidarität wartet?“, antwortete Kreisky gereizt, „... Hinübermarschieren, ja?“. Die Spalten der *taz* stehen den antisowjetischen Hetzern der Exil-Solidarność weit offen, auch und gerade wenn sie unverhohlen auf bürgerlichen, Deutschnationalismus spekulieren: „Aber Bonn täte gut daran, sich bewußt zu werden, daß eine Liberalisierung des Ostblocks in seinem eigenen Interesse liegt, insofern nämlich, als damit eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wahr-

scheinlicher wird“, sagt Seweryn Blumsztajn am 7. Januar unkommentiert in der *taz*. Er meint selbstverständlich eine kapitalistische Wiedervereinigung. Auf die Frage der *taz*: „Was soll der Westen tun?“ antwortet sein Kollege Jerzy Grebsky: „Wir erwarten vor allem eine totale moralische Unterstützung für unsere Verteidigung der Menschenrechte in Polen, der Westen muß jede finanzielle Hilfe an die polnische Regierung und den Technologietransfer an die Ostblockländer einstellen.“ Laut *taz* vom 21. Dezember „sind für alle Polen... seit Sonntag praktisch zur einzigen Informationsquelle geworden... ‚Voice of America‘ und ‚Radio Free Europe‘“ – deren CIA-Geldgeber unerwähnt bleiben.

Es gehörte nicht viel dazu, zu erkennen, worauf die Solidarność-Führung aus ist und auf welcher Seite sie steht. Der *Kommunistische Bund* etwa bewies, daß auch Impressionismus manchmal sich auf reelle Impressionen stützen kann, indem er die Politik der Solidarność geißelte,

„... die in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen hat, sich der hiesigen Öffentlichkeit als antikommunistischer, von Herzen pro-westlicher und keiner rechten Kumpanei abgeneigter Verband darzustellen (zur Kriegsrüstung der USA und speziell der beabsichtigten NATO-„Nachrüstung“ hat es bekanntermaßen niemals eine kritische Verlautbarung der Solidarność gegeben.“ (Arbeiterkampf, 11. Januar)

Aber der KB hat keine Einschätzung der Sowjetunion – und versucht geflissentlich seit dem Bruch mit China, solchen „programmatischen“ Fragen aus dem Weg zu gehen. Nur, Programm – oder Programmlosigkeit – wird zum materiellen Faktor... Obwohl der KB (besser, Elemente im KB!) Solidarność von links kritisiert hat, verglich er Jaruzelskis Gegenschlag mit Pinochets Chile – schwamm er erst mal mit der „Bewegung“ der „Solidarität mit Solidarność“ mit. Ohne eine klare Analyse des *Klassencharakters* der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten kann der KB nur die linke Flanke des neudeutschen Nationalismus sein.

Maoisten ohne China

Der KB ist charakteristisch für eine Gruppe von Organisationen aus dem neulinken Maoismus, die verzweifelt die Logik der maoistischen Variante des „Sozialismus in einem Lande“ zu umgehen suchen: wie die chinesische Bürokratie jedes Verbrechen des US-Imperialismus zu unterstützen, wenn es nur dem Kampf gegen die Sowjetunion dient. Der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) spaltete sich vom KBW ab, als dieser in den Fußstapfen von Semlers NATO-KPD auf Liquidationskurs ging. Den elenden Tod der offenen Vaterlandsverteidiger (KPD, MLD...) vor Augen, sucht der BWK die Drei-Welten-Theorie (die in Wirklichkeit eine Zweiweltheorie ist – alle gegen die Sowjetunion) mit Kritik am deutschen Imperialismus zu verbinden. Aber er unterstützt weiterhin seine kambodschanischen und afghanischen Freunde in ihrem (auch mit amerikanischen Waffen geführten) Kampf gegen den vietnamesischen und den sowjetischen Arbeiterstaat.

Die Weigerung des BWK, die fortschrittliche Gesellschaftsordnung im sowjetischen Block gegen den Imperialismus zu verteidigen, führt ihn zu seiner Unterstützung einer „reinen“ polnischen Gewerkschaftsbewegung gegen Partei und Kirche, die spätestens seit dem Ersten Kongreß der Solidarność nicht mehr existiert. Der BWK hat sich dennoch geweigert, die logische Konsequenz seiner Position zu Polen zu ziehen und in den Pro-Solidarność-Demonstrationen mitzu-

Fortgesetzt auf Seite 8

Leopold Trepper 1904-1982

Ein heldenhafter Sowjetspion



Er war ein echter polnischer Held des internationalen Proletariats. Kommunist, Held der Verteidigung der Sowjetunion, ethnischer Jude – nichts, was Leopold Trepper für die klerikal-nationalistische Solidarność empfehlenswert machen würde. Der ehemalige Chef der „Roten Kapelle“, des bedeutendsten sowjetischen Spionagerings im Zweiten Weltkrieg, starb am 19. Januar in

Jerusalem im Alter von 77 Jahren. Ein polnischer Jude aus Galizien, beteiligte sich Trepper am Krakauer Aufstand von 1923, kam auf die Schwarze Liste und floh nach Palästina. Dort trat er der Kommunistischen Partei Palästinas bei und initiierte die Ischud-Bewegung („Einheit“) von jüdischen und palästinensischen Arbeitern. Nach wiederholten Verhaftungen wurde er nach Frankreich deportiert und emigrierte später in die Sowjetunion.

Angeekelt von den stalinistischen Säuberungen der dreißiger Jahre – aber überzeugter Kommunist – ließ sich Trepper von General Jan Bersin zum sowjetischen Nachrichtendienst (der „Vierten Abteilung“) rekrutieren, und kehrte 1938 nach Paris zurück, wo er den Grundstein für die „Rote Kapelle“ (die auch in Brüssel und Berlin operierte) legte. Trepper schreibt in seiner Autobiographie über seine Entscheidung, in die „Vierte Abteilung“ einzutreten:

„...obwohl die Sowjetunion aufgehört hatte, jenes Vaterland des Sozialismus zu sein, was wir uns wünschten, mußte sie verteidigt werden, ungeachtet unserer Verwirrung und trotz unserer Ängste. Diese Erkenntnis bestimmte meine Wahl... Hingegen konnte ich, wenn ich fern von Moskau in vorderster Front die Nazis bekämpfte, bleiben was ich immer gewe-

sen war: ein aktiver Revolutionär.“ (*Die Wahrheit*)

Treppers „Rote Kapelle“ warnte die Sowjetunion vor dem bevorstehenden Nazi-Überfall auf die Sowjetunion am 22. März 1941. Die Warnungen von Trepper (und von Richard Sorge in Japan) wurden von Stalin mißachtet, ihre Berichte wurden von dem „großen Organisator der Niederlagen“ als „englische Propaganda“ abgetan. Hunderttausende von sowjetischen Arbeitern und Bauern mußten für Stalins kriminelles Vertrauen in den „Nichtangriffspakt“ mit Hitler mit ihrem Leben bezahlen. Trotzdem konnte die „Rote Kapelle“ zwischen 1940 und 1943 zirka 1500 Berichte an die Sowjetunion übermitteln – lebenswichtige Information für die Verteidigung des russischen Arbeiterstaates. Der deutsche Abwehrchef Admiral Canaris schätzte den Wert von Treppers Arbeit mit 200 000 deutschen Soldaten ein.

Trepper wurde von der Gestapo 1942 verhaftet, konnte aber neun Monate später entkommen. Die „Rote Kapelle“ wurde 1943 zerschlagen, die meisten ihrer heroischen Mitarbeiter starben in den Händen der faschistischen Schergen. Trepper wurde nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion für seine heldenhafte Arbeit und seine Kritik an der Führung des russischen Nachrichtendienstes zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. 1955 wur-

de Trepper im Zuge der „Entstalinisierung“ entlassen und kehrte nach Warschau zurück. Dort wurde er erneut zum Opfer des Stalinismus, als Gomulka und sein Innenminister General Moczar 1967 eine Welle des Antisemitismus in Gang setzten. 1973 emigrierte Trepper nach Frankreich und Israel.

Trepper war ein Beispiel einer Generation von polnischen Kommunisten, aus der Tausende von Kämpfern für die russische Revolution und ihre Errungenschaften hervorgingen. Er betonte wiederholt den politischen Charakter seiner Spionagetätigkeit als kommunistischen Akt zur Verteidigung der Sowjetunion gegen den Faschismus. Obwohl er nicht den Weg zur trotzkistischen Linken Opposition fand, zollte Trepper den Trotzkiisten im Kampf gegen Stalin einen besonderen Tribut in seinen Memoiren:

„Wer hat denn damals protestiert?... Solche Ehre dürfen nur die Trotzkiisten für sich in Anspruch nehmen... Doch sollten sie nicht vergessen, daß sie uns gegenüber den ungeheuren Vorteil hatten, ein geschlossenes System zu vertreten, das geeignet war, den Stalinismus abzulösen, und an dem sie in der tiefen Not der verratenen Revolution Halt fanden.“

Stalinistischer Verrat hat ihn zuletzt zurück zum linken Zionismus getrieben. Seine Taten werden wir nicht vergessen.

Kalte Krieger. . .

Fortsetzung von Seite 1

gans Aktionen müssen sich alle klassenbewußten Arbeiter diesem imperialistischen Wirtschaftskrieg gegen die UdSSR widersetzen! Weg mit den antisowjetischen Sanktionen!

Mit Freunden wie diesen ...

Die Versuche der Herrschenden in den USA, Polen zum Casus belli des neuen Kalten Krieges zu machen, sind auf Widerstand und sogar auf offene Opposition ihrer westeuropäischen Verbündeten gestoßen, vor allem auf die des mächtigsten, nämlich Westdeutschland. Als Regierungssprecher Kurt Becker zur Bonner Reaktion auf den Gegenanschlag in Polen befragt wurde, antwortete er grob: „Es gibt keine Implikationen für den Westen. Nächste Frage, bitte!“ Helmut Schmidts Reaktion, während er auf Besuch bei Erich Honecker in Güstrow weilte, beschränkte sich darauf, die Verhängung des Kriegsrechts in Polen als „notwendig“ zu bedauern. Und die ursprüngliche Polen-Stellungnahme der Zweiten Internationale, verfaßt unter der Federführung ihres Vorsitzenden Willy Brandt, weigerte sich, den Putsch zu verurteilen. Derweil saß Kanzler Schmidt

in Florida am Strand und zog gegenüber James Reston von der *New York Times*, einem langjährigen Vertrauten demokratischer Präsidenten, gegen die Sanktionen des Republikaners Reagan zu Felde.

Ein erzürntes und verwirrtes *Wall Street Journal* (4. Januar) jammerte, daß „etwas ausgesprochen Merkwürdiges in der deutschen Seele vor sich geht“. Das *Journal* hat recht in dem Sinne, daß die westdeutschen Massen nicht Bestandteil von Reagans anti-sowjetischem Kreuzzug sein wollen. Man verglich die 300 000 Demonstranten, die im letzten Herbst gegen die Stationierung von neuen NATO-Mittelstreckenraketen demonstrierten, mit den winzigen „Solidarität mit Solidarność“-Demonstrationen, die „kein Zehntel derjenigen, die in Bonn für Abrüstung demonstrierten“ (*was tun*, 14. Januar), umfaßten. Tatsächlich gibt es eine direkte Verbindung. Wie der einflußreiche liberale *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein es ausdrückte:

„Will man aber das ökonomisch und durch Rüstung bewirkte ‚Roll-back‘ des Konrad Adenauer selig, will man jene Politik aufwärmen, die ihr Erfinder Dulles selbst aufgegeben hatte, und die Sowjetmacht hinter ihre russischen Grenzen zurückdrücken: Nur zu, so will man die Kapitulation des Gegners, so wählt man den Krieg.“

Das deutsche Volk will nicht in Reagans

„Roll-back“-Krieg verwickelt werden, in dem sein Land das Haupt- und vielleicht einzige Schlachtfeld sein wird.

Aber Schmidt und Brandt sind keine Pazifisten, und sie sind keine „Handlanger der Russen“, wie die reaktionäre republikanische Rechte in den USA es gern ausmalt. Der deutsche Imperialismus hat eine langfristige Strategie zur Wiedergewinnung Preußens und Sachsens (Ostdeutschland) – von Schlesien und Ostpreußen gar nicht erst zu reden – und zur Beherrschung des übrigen Osteuropas, vor allem mittels ökonomischer Unterminierung der Region und dann durch einen Kuhhandel mit dem Kreml. Der revanchelüsterne Bonner Korrespondent der *New York Times* (3. Januar), John Vinocur, versteht den Kern der sozial-liberalen Ostpolitik als „die Suche nach einer Ebene dauernden Auskommens mit Moskau, das eines Tages die deutsche Wiedervereinigung und die völlige Beseitigung der Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs ermöglichen würde“. Das deutsche Finanzkapital, dem die Eroberung Osteuropas und der UdSSR auf militärischem Wege im letzten Weltkrieg nicht gelungen war, zieht jetzt die Unterminierung des Sowjetblocks von innen heraus vor.

Während die deutschen Sozialdemokraten Polen ziemlich runtergespielt haben, versuchte die französische Schwesterpartei antisowjetische Hetze zu schüren. So stehen die deutschen Sozialdemokraten jetzt als Anti-Reagan-„Entspanner“ da, während aus den französischen Sozialdemokraten Kalte Krieger auf Reagan-Kurs geworden sind, die in diesem Punkt nur mit den italienischen Eurokommunisten rivalisieren müssen, die nach einem definitiven Bruch mit Moskau trachten. Diese tiefgehenden Spaltungen illustrieren in dramatischer Weise, wie die Reformisten, vor allem anderen, die Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie verteidigen und zum Ausdruck bringen. Das deutsche Kapital sieht die Verwirklichung seiner Interessen in der nationalen Wiedervereinigung und der weiteren ökonomischen Durchdringung Osteuropas; Mitterrands Programm steht im Zeichen von Protektionismus, Austerität und antisowjetischem Militarismus, gleichzeitig dient die französische Sozialdemokratie als ideologische Speerspitze der „demokratisch-sozialistischen“ Konterrevolution im Sowjetblock.

Solidarność hat Freunde bei Chase Manhattan

Die imperialistische Bourgeoisie unterstützte Solidarność solange wie es aussah, als

ob sie eine Chance zur Machtübernahme hatte. Aber jetzt, wo Walesa wie ein Verlierer aussieht, richten einige Bankiers ihren Blick nach Moskau in der Hoffnung, daß die Sowjetunion Polens Schulden bezahlen wird. Man kann es als Ausgleich dafür bezeichnen, daß sie nicht den großen Preis in Polen gewonnen haben: die kapitalistische Konterrevolution. Das Sprachrohr der internationalen Hochfinanz, der Londoner *Economist* (28. Dezember 1981), erklärte: „Rußland kontrolliert jetzt wieder Polen und wünscht ebenfalls keine Zahlungseinstellung Polens.“ Angeblich hat Jaruzelski 350 Millionen Dollar zur Begleichung von Zinsschulden in letzter Minute aufgebracht, und informierte Kreise glauben, daß es tatsächlich russisches Gold ist.

Es ist nichts neues dabei. Die Sowjetunion subventioniert die polnische Wirtschaft schon seit langem. Tatsächlich dient Polen seit Mitte/Ende der siebziger Jahre als Zwischenhändler für das westliche Finanzkapital, um den sowjetischen Arbeitern und Bauern den wirtschaftlichen Überschuß abzupressen. Das ist besonders ungeheuerlich, wenn man sich vor Augen hält, daß der Lebensstandard in Moskau und Kiew entschieden niedriger als in Warschau und Gdansk ist. 1977 zum Beispiel verbrauchten die Polen pro Kopf und Jahr 30 Kilo Frischfleisch, fast so viel wie die Westdeutschen, während die Russen nur etwa 23 Kilo aßen. Dennoch hat die Sowjetunion tausende Tonnen Fleisch nach Polen exportiert, um die polnischen Massen bei der Stange zu halten.

Eine Menge Liberale und Neulinke haben zur Rechtfertigung ihrer Unterstützung von Solidarność erdichtet, die westlichen Bankiers würden Jaruzelskis Gegenputsch unterstützen. Kürzlich behauptete der Kalte-Kriegs-Liberale James Wechsler in einem „Die Schlachthymne der Bankiers“ überschriebenen Artikel in der *New York Times* (23. Dezember 1981), daß es eine Verschwörung gäbe von „westlichen Bankiers und amerikanischen Kommunisten und Trotzkiisten, auf ungereimte Weise vereint in ihrer Rechtfertigung der brutalen Niederschlagung durch die polnischen Kommissare und ihre Drahtzieher im Kreml“. Mit Trotzkiisten meint er unsere Genossen der Spartacist League/U.S. und zitiert die Schlagzeile von *Workers Vanguard* (Nr. 295, 18. Dezember 1981) „Solidarność Counterrevolution Checked“ (siehe auch *Spartakist*-Extra, Dezember 1981, „Solidarność-Konterrevolution gestoppt – Umsturz vereitelt“). Entgegen

Fortgesetzt auf Seite 9

Veranstaltungen der TLD

Polen und der deutsche Nationalismus

- Stalinismus treibt die polnischen Arbeiter in die Arme der Konterrevolution
- Solidarność und die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands
- Reagan ruft: die „Linke“ marschiert
- Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Frankfurt:

6. 2. 1982
16.00 Uhr
Tel.: 0611/72 70 54

Sprecher:
Fred Zierenberg,
ZK der TLD

Westberlin:

9. 2. 1982
19.00 Uhr
Mehringhof
Tel.: 030/882 11 75

Sprecher:
Ulrich Sandler,
ZK der TLD

Hamburg:

9. 2. 82
19.00 Uhr
Tel.: 040/389 53 59

Sprecher:
Frank Behr,
ZK der TLD

(Orte der Veranstaltungen zu erfragen bei den Kontaktadressen)

Italienische Arbeiter: Nein zu Berlinguers Verrat

„Wir streiken nicht für die Schwarze Madonna!“

Mailand, 31. Dezember. Der Präventivschlag, den das Warschauer Regime durchgeführt hat, um die konterrevolutionären Vorbereitungen der Solidarność zu stoppen, bringt die Kommunistische Partei Italiens (PCI) an den Rand einer inneren Zersplitterung, vielleicht sogar zu einer offenen Spaltung. PCI-Führer haben sofort in einer Erklärung den Gegenschlag in Polen verurteilt und Parteichef Enrico Berlinguer hat kategorisch im landesweiten Fernsehen erklärt: „Die vorwärtstreibende Kraft, die von der Oktoberrevolution herrührte, hat sich erschöpft.“ Aber an der Basis, in den Fabriken, haben sich die italienischen Arbeiter überwiegend geweigert, den Aufrufen der Eurokommunisten für Streiks und Demonstrationen in „Solidarität mit Solidarność“ Folge zu leisten. Ein Arbeiter in Bologna drückte die Stimmung von vielen aus, als er einem Gewerkschaftsfunktionär antwortete: „Ich streike nicht für die Madonna von Tschenstochau.“

Die Frage, die sich für die Führung der Kommunistischen Partei stellt, ist der endgültige Bruch mit Moskau und damit das Überschreiten des Rubikons im Prozeß der Sozialdemokratisierung, der in unterschiedlichem Umfang seinen Tribut von den stalinistischen Parteien Westeuropas gefordert hat. Schon seit langem reformistisch, versuchen die Eurokommunisten, es sich im kapitalistischen Staat bequem zu machen, indem sie ihrer „eigenen“ Bourgeoisie ungeteilte Loyalität schwören. In einer Fernsehpresskonferenz am 15. Dezember 1981 hat Berlinguer sein Urteil über den „real existierenden Sozialismus“ des sowjetischen Blocks verkündet:

„Die vorwärtstreibende Kraft der Erneuerung in den Gesellschaften Osteuropas hat sich erschöpft. Ich spreche von der vorwärtstreibenden Kraft, die ihre Ursprünge der sozialistischen Oktoberrevolution hat... Heute sind wir an einem Punkt angekommen, an dem diese Periode zu Ende geht.“ (*L'Unità*, 16. Dezember 1981) Der PCI-Führer gab sich auch besondere Mühe, Papst Wojtylas Erklärungen zu Osteuropa zu loben, und sagte, daß „heute die Frage, ob Italien den Atlantik-Pakt (NATO) verlassen soll, nicht gestellt werden darf“.

Für den Fall, daß es noch irgendwelche Zweifel an seinen Absichten geben sollte, hat Berlinguer am 17. Dezember 1981 vor dem „Parlament“ der Europäischen Gemeinschaft in Straßburg eine harte Rede gegen das Kriegsrecht in Polen gehalten, unter dem Applaus der versammelten bürgerlichen und sozialdemokratischen Staatsmänner. Dort verglich er vor Journalisten die augenblickliche Situation mit dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale und der Geburt der Kommunistischen Internationale: er sagte, der „dritte Weg“ der PCI bedeute, einen Sozialismus aufzubauen, der die „Werte und Regeln der Demokratie respektiert“ (*L'Unità*, 18. Dezember 1981). Am gleichen Tag hielt er ein vierstündiges Treffen mit Willy Brandt, dem Vorsitzenden der SPD und der sozialdemokratischen Zweiten Internationale, über die Aussichten für eine „Euro-Linke“ ab. Und am 16. Dezember 1981 traf sich Berlinguer mit Santiago Carrillo, dem Führer der spanischen KP, um einen gemeinsamen Plan für eine eurokommunistische Offensive zu entwerfen.

Rebellion in den Fabriken

Diese Kampagne wurde schnell innerhalb des gesamten PCI-Apparats ausgedehnt. Es soll Opposition bei Treffen von Parteifunktionären gegeben haben, aber in den Fabriken

war die Opposition gegen Berlinguer massiv. Der einständige Streik „in Solidarität mit Solidarność“, zu dem die drei Gewerkschaftsverbände aufgerufen hatten, war im ganzen Land ein Fehlschlag. In Genua gab der Sekretär der mächtigen, von der PCI geführten Hafenerbeitergewerkschaft zu, daß es „massiven Widerstand gab, als wir unsere Flugblätter mit der Parteilinie zu Polen verteilten“ (*L'Espresso*, 27. Dezember 1981). Im Fiat-Werk Mirafiori in Turin, wo die PCI und die Gewerkschaftsführer einen hart geführten Streik Ende 1980 sabotiert hatten, haben Arbeiter bemerkt, daß es eigenartig ist, daß „eine Gewerkschaft, die sich vor neun Mona-

Bei Weber in Bologna überrante eine Gruppe von Arbeitern Streikposten von Gewerkschaftsdelegierten. Sowohl die Streikenden wie die Nichtstreikenden waren überwiegend Mitglieder der PCI.

Bei einer Demonstration von Metallarbeitern am 17. Dezember 1981 auf dem Domplatz in Mailand unterbrachen Streikende einen Studenten, der für Solidarność sprach, mit lautstarken Zwischenrufen: „Sie reden zuviel über Warschau. Sag was über die Arbeitslosigkeit in Italien.“ Die Führer der Kommunistischen Partei haben diese Opposition an ihrer Basis abzutun versucht, indem sie sie als Ausdruck italienischen Provinzia-

und der westlichen Bourgeoisie. Laut der „linksradikalen“ Zeitung *Lotta Continua* waren in Turin „die Banner der Christdemokraten Seite an Seite mit den Bannern der Vierten Internationale (VS)“ zu sehen. Ein Flugblatt der winzigen Lega Operaia Rivoluzionaria (LOR – die frühere GBL, verbunden mit Alan Thornetts TILC) verglich skandalöserweise den Gegenschlag in Polen mit dem blutigen Putsch 1973 in Chile und sprach dabei sogar von „den Pinochets in Polen“. Nirgendwo findet man bei der LOR die Verteidigung der sozialen und ökonomischen Errungenschaften der degenerierten oder deformierten Arbeiterstaaten gegen die Konterrevolu-

Mailänder Massendemonstration in Solidarität mit Fiat-Streik. Zum Streik für Walesa und Wojtyla waren die italienischen Arbeiter nicht bereit



ten intern auf überhaupt nichts einigen konnte, sich plötzlich mit aller Macht für Polen einsetzt“. In Mailand gab ein lokaler Parteiführer zu, daß nicht nur die harten Stalinisten, sondern auch „die anderen nicht mit (dem Führer der Christdemokraten) Piccoli demonstrieren wollen“. In Mailand und Turin sind nur wenige hundert Arbeiter den Aufrufen der Gewerkschaften zu Polendemonstrationen gefolgt.

Ein Artikel in der „linksradikalen“ Tageszeitung *Il Manifesto* (18. Dezember 1981) berichtete über die Situation in Bologna mit der Überschrift: „Walesa ist ein Provokateur, wir streiken nicht für die Schwarze Madonna – Schwierige Atmosphäre in den Fabriken“. Es gab einen handfesten „Aufruhr gegen Solidarność in den Fabriken und in den (PCI-) Zellen selber“, stellte der Artikel fest:

„Einige kommunistische Zellen weigerten sich, das Dokument der nationalen Führung zu verteilen. Eine Reihe von Funktionären und Arbeitern bei SIP sagte: ‚Wir werden an dem Streik nicht teilnehmen, also fordert uns gar nicht erst auf, ihn zu organisieren.‘ In der Metallfabrik GD, einer ‚historischen‘ Hochburg der Metallgewerkschaft FLM von Bologna, haben zwei Abteilungen mit kommunistischer Mehrheit zu Papier und Bleistift gegriffen und ein Gegendokument geschrieben, nachdem sie die Tagesordnung der Betriebsversammlung gelesen hatten, die sich für Solidarność aussprach. Sie ließen es in der Fabrik herumgehen und sammelten Unterschriften. Bei Wrapmatic, einer anderen Metallfabrik, endete eine lange Diskussion mit der Entscheidung, in der Fabrik zu bleiben. ‚Für Walesa werden wir nicht in den Streik treten‘, kündigten sie an. Diese Liste könnte man noch fortsetzen.“

lismus bezeichneten. Zweifellos spielt dies eine Rolle, zusammen mit einer gesunden Dosis Antiklerikalismus. Aber im allgemeinen richtet sich der Zorn der Arbeiter gegen das Versagen ihrer Führung, auch nur irgend etwas gegen die verheerenden Entlassungen und die Inflation im Land zu unternehmen. Und es gibt auch ein weitverbreitetes Mißtrauen gegen Walesa & Co. Ein Arbeiter, zu Solidarność befragt, sagte: „Einige ihrer Entscheidungen scheinen eine Rückkehr zum Kapitalismus zu verlangen.“ In Bologna haben sogenannte „Kabulisti“ (PCler, die sich für die sowjetische Intervention gegen die von der CIA unterstützte islamische Reaktion in Afghanistan ausgesprochen haben) in linken Betriebsräten argumentiert: „Solidarność wurde vor einem Jahr geboren, und schon versucht sie, der sozialistischen Macht ein Ende zu bereiten!“

Bis jetzt hat es in der Hierarchie der Kommunistischen Partei kaum harte Opposition gegen Berlinguers Linie gegeben. Aber die PCI-Bürokraten konnten die – offensichtlich unerwartete – negative Reaktion von ihrer Basis nicht ignorieren. Die Parteizeitung *L'Unità* hat der Polemik gegen die Mitgliedschaft mehrere Artikel gewidmet. In Turin hat der Parteiapparat gegen die sogenannten Kabulisti (oder „Afghanen“) der Zelle 39 mobilisiert, die dazu aufgerufen hatten, die konterrevolutionären Aktivitäten der Solidarność zu unterdrücken: Der Führer der „Afghanen“ verurteilte den „antikommunistischen Abschaum, von der MSI (Faschisten), den Christdemokraten und den Sozialisten bis zur sogenannten Linken von *Il Manifesto* und *Lotta Continua*“, die alle Walesa unterstützen. Diese Rede bekam den Applaus von ungefähr einem Drittel der PCI-Aktivistinnen.

Die Pseudotrotzkisten stehen mittlerweile geschlossen auf der Seite von Solidarność

auch nur erwähnt, und diese „sozialistischen“ Freunde von Walesa bezeichnen jeden, der gegen (oder „gleichgültig“ gegenüber) Solidarność ist, als „Todfeind der internationalen Arbeiterklasse“. (Was ist Reagan dann für Einer?) Tatsächlich gibt es praktisch nur eine einzige Organisation, die gegen die Machtergreifung durch Walesa & Co. eintritt, die Lega Trotskysta d'Italia (LTd'I), sympathisierende Sektion der internationalen Spartacist Tendenz. Aber obwohl sie eine kleine Organisation ist, trifft die LTd'I auf große Resonanz. In weniger als einem Monat haben unsere Genossen mehr als 800 Exemplare von der 32seitigen Broschüre „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność“ verkauft.

PCI: Die letzten Brücken zum Krenl werden verbrannt

Berlinguer lechzt nach politischer Respektabilität, damit seine Partei, so wie die Sozialdemokraten in Skandinavien, Britannien und Deutschland, als Exekutivkomitee des Finanzkapitals mit bürgerlichen Formationen im Amt abwechseln kann. Dies ist das Ziel all seiner politischen Schachzüge gewesen, vom „historischen Kompromiß“ und dem „Eurokommunismus“ bis zum „dritten Weg“. Aber um dies zu erreichen, muß die PCI, um mit Leon Blums Worten zu sprechen, ihre Bereitschaft zeigen, als „loyaler Verwalter der kapitalistischen Gesellschaft“ zu handeln. Aber hierfür reicht bloßer Reformismus nicht aus. Während die Bourgeoisie bereit gewesen ist, in Extremfällen zu „Volksfronten“ mit stalinistischen Parteien Zuflucht zu nehmen, um die Revolution zu enthaupfen, besteht sie für die Verwaltung ihrer Staaten im Normalfall darauf, daß ihre reformistischen Handlanger nicht zwei Her-

Fortgesetzt auf Seite 9

Dieser Artikel wurde zuerst veröffentlicht in *Workers Vanguard* Nr. 293, 20. November 1981, vor Jaruzelskis Gegenputsch gegen die Konterrevolution der *Solidarność*.

Am 11. November feierte das polnische stalinistische Regime zum ersten Mal den Jahrestag der Gründung der unabhängigen polnischen bürgerlichen Republik 1918. Das war eine weitere und sehr bedeutsame ideologische Konzession an die konterrevolutionären Kräfte in und um *Solidarność*. Denn, wie die *New York Times* (12. November 1981) ausführte:

„Indirekt ehrte das heutige Ereignis auch das Andenken Marschall Józef Pilsudskis, des nationalistischen militärischen Führers, der Polen 1918 in die Unabhängigkeit führte und der von 1926 bis zu seinem Tode im Jahre 1935 ein autoritäres Militärregime leitete.“

Mit der Bemerkung, daß heute „die Verehrung von Marschall Pilsudski eine nationale Leidenschaft ist“, berichtete die *Times*:

„Arbeiter auf einer Schiffsreparaturwerft in Gdansk kündigten heute an, daß sie ihre Werft in Józef-Pilsudski-Schiffswerft umbenennen. Sein Foto, sofort erkennbar an dem herunterhängenden Walroß-Schnurrbart, hängt in etlichen Wohnungen. Demonstranten trugen es heute als Abzeichen in Postkartengröße.“

Man stelle sich vor, ostdeutsche Arbeiter würden ihren Arbeitsplatz in Adolf-Hitler-Schiffswerft umbenennen, oder chinesische Arbeiter würden beschließen, den ihrigen in Marschall Tschiang-Kai-schek-Schiffswerft zu taufen! Jeder klassenbewußte Arbeiter in den USA und Westeuropa würde sofort den ausgesprochen reaktionären Charakter einer solchen Bewegung erfassen. Außerhalb Polens bedeutet der Name Pilsudski heutzutage nicht mehr viel, aber für Marxisten läßt er die Alarmsglocken schrillen.

Das ganze vergangene Jahr hindurch haben wir beharrlich gewarnt vor den Verbindungen zwischen Lech Wałęsa & Co. und der katholischen Kirche, dieser Agentur der internationalen Reaktion, sowie vor ihren Anstrengungen, klerikalen Nationalismus in Polen zu verbreiten. Nun, da sie zu zunehmend offeneren Aufrufen zur Konterrevolution übergegangen sind, enthüllen die Führer von *Solidarność* freimütig auch die andere Seite ihrer ideologischen Plakette: heftig antisowjetischen pilsudskischen Nationalismus, überzogen mit populistischer Rhetorik. Und der Pilsudski, den sie am meisten verehren, ist der Kriegsmann auf dem Pferd, der 1920 mit der Hilfe des westlichen Imperialismus den Vormarsch der Roten Armee vor Warschau zum Stehen brachte. Genau an dem Tag nach der Besetzung der Leninwerft im August 1980 führte Kardinal Wyszyński 150 000 „Pilger“ zum Gedächtnis dieses „Wunders an der Weichsel“ an.

Pilsudski war einer der führenden rechten Diktatoren Europas zwischen den Kriegen, er hatte viel mit Faschisten wie Hitler und Mussolini gemeinsam, mit Admiral Horthys faschistoidem Regime in Ungarn und mit bonapartistischen Militärdiktatoren wie Franco oder Pétain. Zum Beispiel errichtete Pilsudski 1934 auf persönliches Betreiben von Joseph Goebbels ein Konzentrationslager für Kommunisten, Sozialdemokraten, für Militante aus dem Judentum und aus den nationalen Minderheiten und andere „Feinde der polnischen Nation“. Ein amerikanischer liberaler Historiker beschrieb das Pilsudski-Regime der mittleren und späten dreißiger Jahre wie folgt:

„Das Programm des Lagers der nationalen Einheit war ein erstaunliches Gebräu, voll von nationalem Chauvinismus, Antisemitismus, einer einheimischen Spielart autoritärer Herrschaft und einem Anflug bei Mussolini geborgter sozialer Ideen.“ (Samuel L. Sharp, *Poland: White Eagle on a Red Field*, 1953)

Ebenso wie Mussolini begann Pilsudski seine Karriere als Sozialist. Im Gegensatz zu Mussolini verlief seine Umwandlung vom sozialistischen Agitator zum rechten Diktator allmählich und nicht so sehr abrupt – ein Faktor von beträchtlicher Bedeutung in der modernen polnischen Geschichte.

Vom nationalistischen Sozialisten zum antisowjetischen Militaristen

Der Wiener Kongreß von 1815, der die napoleonischen Kriege beendete, besiegelte

Pilsudski und die Konterrevolution in Polen



1934: Józef Pilsudski und Joseph Goebbels schließen Nichtangriffs-Pakt. Links: *Solidarność*-Plakat mit Motto des faschistoiden Diktators: „Geschlagen werden und nicht aufgeben – das bedeutet Sieg. Erobern und sich auf den eigenen Lorbeeren ausruhen – das bedeutet Niederlage.“



die dritte polnische Teilung. Der größte Teil der Nation („Kongreß-Polen“) wurde vom zaristischen Rußland einverleibt, während kleinere Teile vom habsburgischen Österreich und der preussischen Monarchie übernommen wurden. Die erste sozialistische Organisation der polnischen Arbeiterklasse, Ludwik Waryńskis Proletariat-Partei, entstand Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die Proletariat-Partei verwarf das traditionelle radikale Programm eines nationalen Aufstandes und arbeitete eng mit den russischen Volkstümlern im Kampf gegen den Zarismus zusammen. Später entwickelte sich jedoch eine tiefe Spaltung im polnischen proletarischen Sozialismus zwischen denen, die (wie Rosa Luxemburg) zusammen mit ihren russischen Genossen für eine soziale Revolution im ganzen zaristischen Reich kämpften, und denen, die die Arbeiterbewegung für einen Kampf um nationale Unabhängigkeit mobilisieren wollten.

Seit er in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die politische Bühne betrat, repräsentierte Pilsudski den extrem-nationalistischen rechten Flügel des polnischen Sozialismus. Unmittelbar nach der russischen Revolution von 1905, die auch Polen ergriff,

wurde die Polnische Sozialistische Partei (PPS) durch Pilsudskis heftigen Nationalismus gespalten. Die Mehrheit, die PPS-Linke, strich die Losung der nationalen Unabhängigkeit von ihrem unmittelbaren „Minimal“-Programm und warf die Frage auf, ob diese letztendlich wünschenswert sei. Die zentristische PPS-Linke war die Hauptpartei der polnischen Arbeiterklasse in der Periode vor 1914; links von ihr stand die revolutionäre SDKPiL von Luxemburg und Jogiches, rechts von ihr standen die pilsudskischen Nationalisten. Die Polnische Kommunistische Partei ging später aus einer Fusion der PPS-Linken mit der SDKPiL hervor. (Für eine Diskussion der nationalen Frage in der polnischen sozialistischen Bewegung vor 1914, siehe „Lenin versus Luxemburg on the National Question“, *Workers Vanguard* Nr. 150, 25. März 1977.)

In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg verschob Pilsudski seine organisatorische Basis von seinem eigenen ultra-nationalistischen Flügel des polnischen Sozialismus zu paramilitärischen Gruppen, die zum Kern seiner Söldnerbewegung werden sollten. Als der Krieg ausbrach, verbündeten sich Pilsudskis Legionäre mit dem Deutschland Kaisers Wilhelms gegen das zaristische Rußland.

Die bolschewistische Revolution und der russische Rückzug aus dem Krieg 1918 mit dem Vertrag von Brest-Litowsk änderten die Lage in Polen grundlegend. Die Deutschen, die ihre früheren polnischen Verbündeten nicht mehr brauchten und ihnen auch nicht mehr trauten, warfen Pilsudski ins Gefängnis. Nachdem Deutschland Ende 1918 an der Westfront besiegt worden war, wurde im Vertrag von Versailles ein unabhängiges Polen, ebenso wie auch die anderen neuen osteuropäischen Staaten, geschaffen. Dieses neue nationale Polen war ein Klientenstaat des französischen Imperialismus und diente als Sperre zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem damals in revolutionärer Gärung befindlichen besiegten Deutschland. Pilsudski kehrte als großer Nationalheld nach Warschau zurück, wurde Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte des „neuen Polen“.

Wenngleich der polnische Sozialismus tief gespalten war in Nationalisten und Internationalisten, so war auch der polnische Nationalismus in zwei klar voneinander abgegrenzte Lager gespalten. Die bürgerlichen Konservativen, im wesentlichen die Nationaldemokraten, wollten die Größe aller nationalen Minoritäten in einem unabhängigen

polnischen Staat auf ein Minimum reduzieren. Sie waren sozusagen Kleinpolen. Im Gegensatz dazu wollte Pilsudski das (jagellonische) Großpolen des späten Mittelalters, das Litauen, die Ukraine und Weißrußland eingeschlossen hatte, „wiederherstellen“. Mit seinen größtenwahnwitzigen territorialen Ambitionen gegenüber der Ukraine war der „linke“ Nationalist Pilsudski in Wirklichkeit antisowjetischer als die bürgerlichen Konservativen wie zum Beispiel Roman Dmowski, der Deutschland und nicht Rußland als den Hauptfeind ansah.

Unter Ausnutzung der Erschöpfung Sowjetrußlands nach sechs Jahren von imperialistischem Krieg und Bürgerkrieg griff Pilsudski im Frühjahr 1920 unerwartet die Ukraine an. Die Rote Armee wurde überrascht und anfänglich zurückgetrieben. Doch ein Gegenangriff ließ Pilsudskis Truppen wanken und brachte die sowjetischen Armeen vor die Tore von Warschau. Aus Furcht, daß Polen dem Bolschewismus in die Hände fallen und das ganze Versailler System zusammenbrechen könnte, organisierte Frankreich eilig militärische Hilfe für den belagerten Pilsudski. Diese imperialistische Hilfe kombiniert mit Fehlentscheidungen des sowjetischen Oberkommandos (einschließlich Stalins Gehorsamsverweigerung) erlaubten es Pilsudski, der drohenden Niederlage knapp zu entgehen. (Für die Darstellung des russisch-polnischen Krieges 1920/21 und seiner geschichtlichen Bedeutung, siehe „The Bolsheviks and the ‚Export of Revolution‘“, *Spartacist* Nr. 29 (englischsprachige Ausgabe), Sommer 1980.)

Der Vertrag von Riga aus dem Jahre 1921, der den Krieg beendete, gliederte Pilsudski-Polen etwa fünf Millionen Ukrainer und anderthalb Millionen Weißrussen an – unterdrückte nationale Minderheiten, die etwa 20 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Weitere zehn Prozent der Bevölkerung des polnischen Staates waren Juden. Die Unterdrückung dieser Minderheiten sollte ein wesentlicher Faktor im innenpolitischen Leben Polens in der Zeit zwischen den Kriegen werden.

Die Linke und Pilsudskis Putsch von 1926

Im Jahre 1918 hatte Pilsudski den Sozialismus offen verworfen. („Anfangs nahmen wir die gleiche rotgestrichene Straßenbahn; was mich betrifft, so bin ich bei der Station Unabhängigkeit ausgestiegen“, sagte er zu seinen ehemaligen Genossen.) Dennoch bediente er sich weiterhin einer gewissen populistischen Rhetorik und wurde immer noch allgemein als ein Mann der Linken angesehen. Dieses Ansehen war von entscheidender Bedeutung für den Erfolg seiner bonapartistischen Ambitionen.

1923 wurde Pilsudski von seinen bürgerlich-konservativen Gegenspielern von der Macht verdrängt. 1926, inmitten einer wachsenden und breiten Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Aufeinanderfolge instabiler parlamentarischer Rechts-Regierungen, organisierte er einen Staatsstreich, basierend auf Armee-Einheiten, die loyal zu ihrem früheren Befehlshaber standen. Bei diesem Spiel um die höchste Macht machte Pilsudski Annäherungsversuche an seine ehemaligen Genossen in der PPS, um deren Unterstützung zu erhalten, und diese wurde ihm auch mehr oder weniger gewährt. Als Pilsudskis Truppen im Mai 1926 auf Warschau marschierten, bot ihm überdies noch die Kommunistische Partei an, sich unter seinen Marschallstab zu stellen. Ein Streik sozialistischer Eisenbahner erwies sich als ausschlaggebend für Pilsudskis Sieg, da er das Regime daran hinderte, loyale Regimenter zu der belagerten Hauptstadt zu transportieren. Und ein gewichtiger Grund für die schnelle Kapitulation der Regierung war die Furcht, daß Pilsudskis Anhänger aus der Arbeiterklasse in einem Bürgerkrieg die Oberhand gewinnen könnten. Besser Pilsudski als eine soziale Revolution, überlegte sich die Bourgeoisie.

Die irreführenden Führer der Kommunistischen Partei, wie Adolf Warski, waren überwältigt worden von der Begeisterung der arbeitenden Massen für „den Mann der Linken“ auf dem Pferd und von ihrem Haß auf das existierende rechte Regime. Wie Leo Trotzki später ausführte, waren sie gewiß auch beeinflusst von dem Wind, der aus dem



Warschau, 1. Mai 1928: Pilsudski-Garden und sozialdemokratische Miliz schießen auf kommunistisch-geführte Massendemonstration

Kreml blies, wo Lenins Epigonen das Programm der Oktoberrevolution aufgaben und die abgelegte Formel der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ wiederbelebten. Und daher unterstützten sie „die fast ‚demokratische Diktatur‘ des reaktionären Feldwebels“. Da Pilsudski schnell sein wahres Gesicht zeigte, machte die polnische KP kehrt und kritisierte ihren „Mai-Fehler“. Doch die Sozialdemokraten unterstützten den Marschall weiterhin für mehr als zwei Jahre. Am ersten Mai 1928 eröffneten in der Tat die PPS-Miliz und pilsudskische Garden das Feuer auf eine von den Kommunisten geführte Massendemonstration. 1958 in seinem Aufsatz „Die Tragödie der Polnischen Kommunistischen Partei“ gab Isaac Deutscher, der unter den Demonstranten war, davon einen ergreifenden Bericht:

„Er (Warski) marschierte in der vordersten Reihe unserer verbotenen Riesendemonstration, mitten durch den Hagel des Maschinenpistolen- und Gewehrfeuers, womit wir von der Miliz der Sozialistischen Partei begrüßt wurden; während Dutzende und Hunderte von Verwundeten in unseren Reihen fielen, hielt er seinen weißgrauen Kopf hoch erhoben, eine große und deutlich erkennbare Zielscheibe, von weitem sichtbar; unbeugsam und standhaft sprach er zu der Menge.“ (abgedruckt in *Marxism in Our Time* 1971, redigiert von Tamara Deutscher)

Zwei Monate nach dem Putsch Pilsudskis analysierte Trotzki das Ereignis in einer Rede vor einer Kommission der Komintern:

„...Pilsudski fand schnell eine gemeinsame Basis mit dem Großkapital, trotz der Tatsache, daß die von ihm geführte Bewegung in ihren Wurzeln, Impulsen und Losungen kleinbürgerlich war, ein ‚plebejischer‘ Weg zur Lösung der dringenden Probleme der in Zerfall und Untergang befindlichen kapitalistischen Gesellschaft. Hier haben wir eine direkte Parallele zum italienischen Faschismus.“ (abgedruckt in „Pilsudskism, Fascism and the Character of Our Epoch“, *Writings*, 1932)

Der Nachdruck, den Trotzki darauf gelegt hatte, daß Pilsudskis Putsch „eine antiparlamentarische und vor allem antiproletarische Konterrevolution“ darstellte, erwies sich als vollauf gerechtfertigt. Wie das Italien Mussolinis wurde auch Pilsudski-Polen stufenweise in einen Polizeistaat umgewandelt, allerdings etwas langsamer als im italienischen Fall. Da Pilsudski breites Ansehen in der Bevölkerung und die Unterstützung der großen Mehrheit der sozialistischen Partei besaß, versuchte er anfänglich, im Einvernehmen mit dem Sejm (dem Parlament) zu regieren, wobei er eine Annäherung an die Rechte erstrebte. Aber die wachsende Ernüchterung der Massen über Pilsudski fand 1928 ihren Ausdruck bei den Wahlen zum Sejm, wo die Sozialisten und Kommunisten und ihre jeweiligen Verbündeten 34 Prozent der Stimmen erhielten, gegenüber 26 Prozent für den Block Pilsudskis.

Die große Depression der kapitalistischen Welt versetzte Pilsudskis „Glanzzeit“ den Gnadestöß. Das Regime antwortete darauf mit dem traditionellen Heilmittel aller Rechten, der extremen Deflation (inzwischen von Margaret Thatcher wiederbelebt), wodurch es die Löhne herabzudrücken versuchte, um die polnische Industrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen. Wie vorauszu-sehen war, wurde die Wirtschaft dadurch noch weiter geschwächt. Zwischen 1929 und 1934 fiel das reale Nationaleinkommen um 25 Prozent – ein gewaltiger Sturz. Unter dem Druck ihrer wirtschaftlich verzweifelten Arbeiterbasis und ermutigt durch das Wahlergebnis 1928, gingen die Sozialdemokraten schließlich in die Opposition. 1929 erklärte die PPS-Zeitung *Robotnik* (die Pilsudski in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts selbst gegründet hatte):

„Der Pilsudski von 1905, 1914, 1918 oder 1920 gehört der Geschichte an; der Pilsudski von 1926-29 ist der Führer der entschwindenden Welt des alten Polens, des Polens der aristokratischen Gesellschaften, der „Leviathans“ (Industriekartelle), der Bürokratie und der ‚moralischen Säuberung‘.“ (zitiert nach Hans Roos, *A History of Modern Poland*, 1966)

Die Sozialdemokraten unterließen die Feststellung, daß sie bis zu dem Zeitpunkt den Führer des alten Polens, das ganz und gar nicht im Entschwinden begriffen war, mit der Waffe in der Hand unterstützt hatten.

Tatsächlich schlug das alte Polen bald gegen die Sozialdemokraten zurück. 1930, kurz

vor den neuen Wahlen zum Sejm, wurden die Leiter der sogenannten Mitte-Links-Opposition unter der Anklage des Hochverrats verhaftet und auf die Festung von Bresé (Brest-Litowsk) gebracht, wo sie gefoltert wurden. Herman Lieberman, ein prominenter jüdischer Führer der Sozialistischen Partei, wurde auf besonders brutale Weise mißhandelt. Der sechzigjährige Lieberman wurde wiederholt bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und einer Scheinhinrichtung unterworfen. Der scharfe Rechtsschwenk des Regimes im Jahre 1930 rief schweren Widerstand in der bedeutenden ukrainischen Minderheit hervor. Pilsudski reagierte darauf mit einer von Armee und Polizei durchgeführten „Befriedungs“-Kampagne, die zum internationalen Skandal wurde wegen der Schließung ukrainischer Schulen, der Zerstörung ukrainischer Organisationen und weil tausende von Ukrainern verprügelt, gefoltert und ins Gefängnis geworfen wurden.

Nach 1930, schreibt ein antikommunistischer Kalter-Kriegs-Akademiker, wurde das Regime Pilsudskis „bekannt als ‚das Regime der Obersten‘, die ihre politischen Gegner damit bedrohten, ‚ihre Knochen zu brechen‘“ (M.K. Dziewanowski, *The Communist Party of Poland*, 1976). Nun war es wahrhaftig eine Ein-Mann-Diktatur. Einige wenige Jahre später revidierte Pilsudski die Verfassung, indem er den Präsidenten lediglich „vor Gott und der Geschichte“ verantwortlich erklärte. Die ganzen dreißiger Jahre hindurch wurden Streiks und Proteste durch Polizeiterrort unterdrückt, unzählige Arbeiter und Bauern wurden getötet. Und besonders nach seinem Tod im Jahre 1935 identifizierte sich das „Regime der Obersten“ idologisch mit dem Faschismus.

Polnischer Nationalismus und Antisemitismus

Die pilsudskischen Nationalisten mußten ihren Antisemitismus nicht erst bei Hitler, Goebbels & Co. lernen. Der polnische Nationalismus war historisch mit dem Antisemitismus verbunden, die Juden wurden vor 1917 als Russenfreunde und nach der russischen Revolution als probolschewistisch betrachtet. Der betrunkene Mob „feierte“ die offizielle Proklamation der polnischen Unabhängigkeit im November 1918 mit Angriffen auf jüdische Gettos. Eine der ersten Handlungen des wiederhergestellten Sejm bestand darin, die Polonisierung jüdischer Namen, womit Juden antisemitischen Verfolgungen entgegen wollten, zu erschweren. Das neue Polen war *das* Land des numerus clausus, der Zulassungsbeschränkung für Juden zu den Universitäten. Überdies war der russisch-polnische Krieg 1920/21 begleitet von einer Welle von Pogromen im großen Stil, da polnische Nationalisten die Juden als eine probolschewistische „fünfte Kolonne“ ansahen. Das pilsudskische Oberkommando internierte jüdi-

Fortgesetzt auf Seite 8



1920: Trotzki bei einer Ansprache vor Truppen der Roten Armee auf dem Marsch nach Warschau

Pilsudski...

Fortsetzung von Seite 7

sche Offiziere, von denen viele Freiwillige waren, in einem Gefangenenlager und versetzte jüdische Soldaten in disziplinarische Arbeitsbataillone.

Die Große Depression brachte eine neue Welle antisemitischer Gewalttätigkeiten mit sich, die sich in erster Linie gegen jüdische Händler und Akademiker richteten, die wirtschaftlich mit dem polnischen katholischen Kleinbürgertum konkurrierten. Den „Sozialismus der dummen Kerls“ hatte der alte deutsche Sozialdemokrat August Bebel den Antisemitismus genannt. Wenngleich Pilsudski selbst kein antisemitischer Fanatiker war (unter seinen Legionären im Ersten Weltkrieg befanden sich auch Juden), duldete er doch zusehends die Angriffe auf Juden sowohl von seinen rechten Gegenspielern, den Nationaldemokraten, als auch von seinen Anhängern. Die ganzen dreißiger Jahre hindurch gab es eine Eskalation anti-jüdischer Gewalttaten, besonders nach Pilsudskis Tod im Jahre 1935, als sich seine Nachfolger offen der antisemitischen Demagogie bedienten. 1930/31 fegte ein Welle von Angriffen auf jüdische Studenten durch die Universitäten. Mitte der dreißiger Jahre wurde eine Massenkampagne zum Boykott jüdischer Händler organisiert. Eine der zentralen treibenden Kräfte hinter dieser Kampagne war die römisch-katholische Kirche. So erklärte Kardinal Hlond in einem Hirtenbrief von 1936:

„Es ist eine Tatsache, daß Juden gegen die katholische Kirche kämpfen, sie sind Freidenker und bilden die Vorhut des Atheismus, Bolschewismus und der Revolution. Der jüdische Einfluß auf die Moral ist verhängnisvoll... Es ist Tatsache, daß die Juden Betrüger und Wucherer sind und daß sie mit weißen Sklaven Handel treiben.“ (zitiert nach Simon Segal, *The New Poland and the Jews*, 1938)

Ende der dreißiger Jahre machte die polnische Regierung wahrhaftig im Völkerbund den Vorschlag, „internationale Maßnahmen“ zu ergreifen, um 100 000 Juden pro Jahr aus Polen zu entfernen. Und in gewisser Weise hat das Regime sein Ziel sogar erreicht. Die meisten polnischen Juden, die nach Palästina emigrierten, flohen nicht vor der Besetzung durch die Nazis, sondern vor dem pilsudskischen Regime. Der liberale Historiker Sharp hat die Situation, der sich die Juden unter dem bonapartistischen Militärregime gegenüber sahen, so beschrieben:

„In den letzten Jahren vor dem Krieg, unter dem Einfluß der kurzlebigen Freundschaft mit Nazi-Deutschland und unter dem Druck radikaler antisemitischer Gruppen, begann die polnische Regierung ganz offen Ausbrüche von Gewalt gegen Juden, die sich von den Universitäten auf kleine Städte und Dörfer ausbreiteten, zu dulden.“ (*Poland: White Eagle on a Red Field*)

Weil diese Pogrome vorwiegend von faschistischen Banden und nicht so sehr von der Polizei und Armee durchgeführt wurden, waren die Juden imstande, sich zu ihrer eigenen Verteidigung, oft sogar recht wirkungsvoll, zu organisieren. Mit ihrer Erfahrung im Kampf um Leben und Tod gegen den einheimischen polnischen Antisemitismus erhob sich 1943 die jüdische Gemeinde von War-

schau gegen die Besetzung durch die Nazis und hielt sich neun Monate lang gegen die deutschen Truppen! Der Warschauer Ghetto-Aufstand ist ein wahrhaft heldenhaftes Kapitel in der Geschichte der arbeitenden Massen Polens. Während Solidarność die „polnische Geschichte umschreiben“ will, um den reaktionären pilsudskischen Abschaum zu ehren, ehren revolutionäre Sozialisten die polnischen jüdischen Arbeiter und die Armen aus dem Ghetto, die bis zum Tod gegen die bewaffnete Macht Nazi-Deutschlands kämpften.

Das Massaker von Katyn: Kein Verbrechen gegen polnische Arbeiter

Ein wichtiger Aspekt der gegenwärtigen Glorifizierung Pilsudski-Polens liegt darin, daß das Massaker von Katyn als das angeblich größte Verbrechen der Sowjets am polnischen Volk hervorgehoben wird. Berichten zufolge tragen viele Solidarność-Aktivistinnen ein Abzeichen mit einem Kreuz und dem Wort „Katyn“ darauf. Und der alte Sozialdemokrat Edward Lipinski machte in seiner weit verbreiteten Rede vor dem Solidarność-Kongress im September 1981 das „Verbrechen von Katyn“ zu einem der Hauptpunkte bei seinem Angriff gegen das Regime:

„... es gab einen Artikel (in der polnischen Armeezeitung), worin die Bastarde von Solidarität und KOR angegriffen wurden, weil sie immer noch behaupten, daß Katyn ein Verbrechen der Russen war. ‚Nein‘, sagten sie, ‚die Deutschen sind schuld an Katyn‘. Sie wagen es, 1981 eine solche Lüge zu verbreiten.“ (abgedruckt in *New York Review of Books*, 19. November 1981)

Als die sowjetische Armee im September 1939 Ostpolen besetzte, machte sie etwa 250 000 Kriegsgefangene. Nachdem Nazi-Deutschland 1941 die UdSSR angriff, wurden diese polnischen Kriegsgefangenen freigelassen, mit Ausnahme von etwa 15 000 Mann, vor allem Offiziere, worüber nie Rechenschaft abgelegt wurde. 1943 verkündete Goebbels, die Deutschen hätten ein Massengrab im Wald von Katyn in der Nähe von Smolensk in Rußland entdeckt. Die 4 000 exhumierten Leichen (nicht zehn- oder fünfzehntausend, wie allgemein behauptet wird) waren die der vermißten polnischen Offiziere. Da die Deutschen die Kluft zwischen der polnischen Exil-Regierung in London und der Sowjetunion erweitern wollten, klagten sie die Russen an, die Offiziere getötet zu haben. Dagegen behauptete der Kreml (und behauptet weiterhin), daß die Deutschen es getan hätten.

Die Deutschen versammelten damals eine „internationale Kommission“ von gerichtsmedizinischen Experten, die zu dem Urteil gelangten, daß die Körper mindestens drei Jahre, das heißt, seit 1940 (also vor der deutschen Invasion) und nicht erst 1941, in der Erde gelegen hätten. Man könnte argumentieren, daß die Nazis die Medizinergruppe zu diesem Spruch gezwungen hätten, obwohl sie die gleiche Position nach dem Krieg aufrechterhielten. Andere Tatsachen (beispielsweise erhielten die Familien der Opfer ab 1940 keine Post mehr) deuten ebenfalls darauf hin, daß eher das NKWD als die Gestapo oder die SS für die Hinrichtungen in Katyn verantwortlich sein dürfte.

Auf jeden Fall befürworten revolutionäre Marxisten die unterschiedslose Tötung der

bürgerlichen Offizierskaste genauso wenig wie die der Fabrikbesitzer oder der bürgerlichen Politiker. (Anders ist es mit denen, die persönlich für Verbrechen und Grausamkeiten gegen die arbeitenden Massen verantwortlich sind; sie werden gewiß der revolutionären Gerechtigkeit überantwortet werden.) *Nichtsdestotrotz ist Katyn kein Verbrechen gegen das polnische arbeitende Volk.* Es handelte sich um Offiziere einer faschistoiden, antisemitischen Diktatur, für die das Abschichten von Arbeitern und sogar von bürgerlichen Dissidenten üblich war. Zweifellos hatten viele von ihnen an den ukrainischen „Befriedungs“-Kampagnen teilgenommen. Hätten Edward Lipinski und seine Genossen etwa 1940 Tränen vergossen über den Tod des militärischen Kadets des Regimes der Obersten, das viele Militante der sozialistischen Partei getötet, gefoltert und eingesperrt hat?

1929 stellten die Sozialdemokraten fest, daß ihr ehemaliger Waffenbruder Jozef Pilsudski nunmehr „die entschwindende Welt des alten Polens“ repräsentierte. Aber die Welt des alten Polens verschwand nicht einfach; sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von einer sozialen Revolution gestürzt, die dem Land in bürokratischer Weise von der Sowjetunion auferlegt worden war. Doch die Überreste des alten Polens, vor allem die katholische Kirche, überlebten und wuchsen sogar unter der stalinistischen Herrschaft. Heute erhebt das alte Polen sein Haupt und droht mit seiner Rückkehr durch eine kapitalistische Konterrevolution, an deren Spitze Solidarność steht, die sich anbietet als gelbe Gewerkschaft für die westlichen Bankiers, Radio Free Europe und das Pentagon. Die Konterrevolution der polnischen Solidarität muß gestoppt werden! Eine im Kampf gegen den klerikalen Nationalismus gehärtete revolutionäre trotzkistische Avantgardepartei muß aufgebaut werden, um eine proletarisch-politische Revolution zu führen, die nicht nur die verhaßte stalinistische Bürokratie hinwegfegt, sondern auch all den reaktionären Dreck, der von Pilsudski-Polen übriggeblieben ist.

Polen u. Linke...

Fortsetzung von Seite 3

marschieren – obwohl er die *sofortige* Aufhebung des Kriegsrechts fordert. Der neulinke Maoismus ist Treibsand in Richtung Kalte-Kriegs-Politik. Die Genossen des BWK, die nicht mit Schmidt und Strauß in einer Reihe gegen die Sowjetunion stehen wollen, müssen ernsthaft ihre ideologischen Grundlagen untersuchen.

Vielleicht das merkwürdigste Spaltprodukt des neulinken Maoismus ist die Marxistische Gruppe (MG). Die MG hat sich aufgrund ihres Abstentionismus und ihrer akademischen Herangehensweise noch vor dem KB von der Außenpolitik der VR China abgekoppelt und erklärt sich heute ohne jeden Bezug auf eine geschichtliche Tradition zum Kritiker der neo-nationalistischen westdeutschen Linken. „Was verheißt die NATO-Solidarität mit der ‚Solidarität‘?“ trifft zwar die Solidarność-Fans ins Herz (*MG-Hochschulzeitungen* vom 11. Januar), sieht aber radikaler gegenüber den polnischen Konterrevolutionären aus, als es tatsächlich gemeint ist. Die MG, die die Welt aus der Frosch-Perspektive des nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Neulinken betrachtet, sieht die Sowjetunion als kleinere Supermacht, der von einem einheitlichen Imperialismus übel mitgespielt wird. Für sie gibt es nicht eine Produktionsweise in den Arbeiterstaaten, die denen in den kapitalistischen Ländern überlegen ist, nein, für die MG herrscht „Unterdrückung“ durch den bösen Staatsapparat überall – *Liberalismus der Negation*. „In Polen von Frieden hinten und vorn keine Spur: Nach Monaten des Aufstands nun das Militär an jeder Ecke; jede falsche Bewegung eine Gefahr für Leib und Leben... Allem Vernehmen nach geben sich die Polen mit der Regierungskoalition von Hunger und Bajonett nicht zufrieden.“ (*MG-Weihnachtsflugblatt*)

Der Stalinismus (zudem ein korrupter und inkompetenter Stalinismus!) hat in Polen eine ganze Generation gegen den Sozialismus, in die Arme von Reagan und Papst Wojtyła getrieben. Der Kampf der Trotzkisten ist für die Wiedergeburt der sozialistischen, interna-

tionalistischen Traditionen des polnischen Proletariats, die durch Luxemburg, Jogiches, Warski und Marchlewski verkörpert waren. Dagegen zerfallen die Reaktionen auf Polen in der westdeutschen Linken in zwei Richtungen (abgesehen von den Apologeten der Bürokratie – der DKP). Den NATO-Linken, die letzten Endes in ihrer Begeisterung für Solidarność und aus blindem Haß gegen den Stalinismus den eigenen imperialistischen Staat aufrufen, ein „Signal zu setzen“, haben wir reichlich wenig zu sagen. Die kritischen Stimmen zu Solidarność, wie KB und MG, akzeptieren den Status quo aus Angst vor dem Krieg, haben weder ein Programm gegen den Imperialismus noch gegen die Bürokratie der Arbeiterstaaten.

Es gibt eine Alternative zum „linken“ Revanchismus wie zum Reformismus des Status quo. Das ist der authentische Trotzismus der internationalen Spartacist Tendenz. Trotzismus verbindet die bedingungslose Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus mit dem Programm der proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistischen Usurpatoren. Für die revolutionäre Einheit der polnischen und russischen Arbeiter!

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Spiegel hetzt gegen Linke

Frankfurt, 22. Dezember 1981

An die Redaktion
des *Spiegel*

Stellungnahme zum
Spiegel 51/81 „Radikale“

Wir protestieren gegen den Artikel „Radikale“, der von vorn bis hinten ein offensichtlich vom Verfassungsschutz bestelltes Machwerk zur Verleumdung und Kriminalisierung von Linken darstellt. Insbesondere verfolgt der Artikel die Absicht, den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in Verbindung zu bringen mit den terroristischen Aktivitäten der faschistischen „Volksozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSB). Sowohl der BWK als auch die KPD haben die vom *Spiegel* behauptete Zusammenarbeit mit Faschisten kategorisch zurückgewiesen; BWK und DKP Hannover erklärten uns gegenüber, daß es keine Schlägerei zwischen ihren Mitgliedern gegeben habe.

Angesichts von Arbeitslosigkeit, Sozialkürzungen und Lohnraub verbunden mit einer massiven Aufrüstung gegen die Sowjetunion will die Bourgeoisie den Boden bereiten für die Illegalisierung linker Organisationen. Dazu dient auch die massive antisowjetische Propaganda anlässlich der Verhinderung der Machteroberung der klerikal-nationalistischen Konterrevolution durch das polnische Militär. Zunehmender Nationalismus, Chauvinismus und Ausländerhetze auch der „demokratischen Öffentlichkeit“ sind der Nährboden für das Wachstum der faschistischen Terrorbanden. Wie bei den Berufsverboten sichtbar, benutzt der bürgerliche Staat Verordnungen und Gesetze gegen „Radikale“ als Handhabe, um gegen die Linke und Arbeiterbewegung vorzugehen. Es ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, die faschistischen Banden im Keim zu zerschlagen.

Die Trotzkistische Liga Deutschlands fordert eine Richtigstellung der Verleumdung von BWK und KPD im *Spiegel*.

Wir verteidigen BWK und KPD trotz politischer Differenzen.

Für uns gilt die Solidarität der Arbeiterbewegung: Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!

Fred Zierenberg
für das ZK der TLD



- Ich bin an Veranstaltungen und Materialien der TLD interessiert.
- Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren des **Spartakist**. DM 1,- für Porto habe ich beigelegt.
- Ich möchte den **Spartakist** abonnieren. 8 Ausgaben – DM 8,50 einschließlich **Spartacist** (deutsche Ausgabe)

Name

Anschrift

Telefon

Einsenden an/überweisen auf
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postcheckkonto 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Kalte Krieger...

Fortsetzung von Seite 4

Wechslers Prophezeiung hat sich das Konsortium der Gläubiger Polens geweigert, Warschauer Forderung nach einem zusätzlichen Kredit zur Begleichung seiner Zinsschulden nachzugeben, in der Erwartung, die Russen würden jetzt zahlen. Der *Economist* brachte wie üblich die Politik der imperialistischen Hochfinanz zum Ausdruck: „... ein Polen ohne eine freie Solidarität ist der Rettung nicht wert“.

Was die 27 Milliarden Dollar Westschulden Polens betrifft, so hätten viele Banken selbst dann ein profitables Geschäft gemacht, wenn sie keinen roten Heller mehr bekämen. Das *Wall Street Journal* (7. Dezember 1981) gab zu: „Einige Bankiers brüsten sich in privatem Kreis damit, daß sie selbst dann Profit mit ihren Anleihen an die(se) Nation im Laufe des vergangenen Jahrzehnts gemacht hätten, so lukrativ waren diese Geschäfte, wenn sie jetzt ihre Polen-Kredite in den Wind schreiben müßten.“

Es ist eine ungeheuerliche Vorstellung, daß die polnischen und sowjetischen Arbeiter von den profithungrigen Bankiers in Zürich, Frankfurt und New York ausgepreßt werden sollen. Eine revolutionäre Regierung in Warschau würde sofort die *Schulden an die Imperialisten annullieren*. Aber als trotzkistische Avantgarde, die für die politische Revolution des Proletariats im Sowjetblock kämpft, ist es nicht unsere Aufgabe, den Warschauer Bürokraten, die die polnische Wirtschaft ruiniert haben, Ratschläge zu geben, wie sie aus der Scheiße rauskommen können, in der sie stecken. Gewiß, sollten die Stalinisten ihre Zahlungsunfähigkeit erklären, dann müssen alle klassenbewußten Arbeiter Polen und die UdSSR gegen Vergeltungsmaßnahmen durch die blutsaugerischen Finanzbosse und deren politische Handlanger verteidigen.

Für polnischen Trotzismus

Angesichts der Ermutigung durch Radio Free Europe und den polnischen Papst war es klar, daß Solidarność handeln würde, um das Warschauer Regime zu stürzen und mit der Sowjetunion zu brechen. Wie wir im Polen-Extra des *Spartakist* (Dezember 1981) hervorhoben, kam Jaruzelskis Gegenputsch zum letztmöglichen Zeitpunkt, wo er noch im Besitz der Macht in Aktion treten konnte. Geheime Regierungsumfragen von 1980/81 zeigten, daß bei freien Wahlen nur drei Prozent der Bevölkerung für die Kommunisten stimmen würden, weitere 20 Prozent für Sozialisten unterschiedlicher Couleur, und 43 Prozent für Christdemokraten – d. h. für kapitalistische Konterrevolution im Namen des Papstes und der (bürgerlichen) Demokratie. Für jene, die nicht in der Lage waren, die Logik in der Entwicklung von Solidarność zu erkennen, stellten es die Solidarność-Führer auf einer geschlossenen Sitzung in Radom klar. Die Tonbänder, die inzwischen unter dem Namen „Radomgate“ bekannt geworden sind, rissen Walesa die Maske des einfachen Gewerkschafters vom Gesicht. Ausführlichere Ausschnitte von diesen Tonbändern sind jetzt in der westlichen Presse erschienen, einschließlich folgendem entlarvenden Redeauszug:

„Wir müssen uns schließlich darüber klar sein, daß wir dieses System stürzen. Das muß uns endlich klar sein. Wenn wir darin übereinstimmen, private Ladenbesitzer zu haben, die Staatsgüter aufzukaufen und die vollständige Selbstverwaltung zu gewährleisten, dann wird dieses System aufhören zu existieren.“ (*Washington Post*, 20. Dezember 1981)

Die internationale Spartacist Tendenz zog im September letzten Jahres die Schlußfolgerungen, als Solidarność die Kalte-Kriegs-Propaganda bezüglich „freier Wahlen“ und „freier Gewerkschaften“ in ganz Osteuropa aufgriff. „Stopp die Konterrevolution der Solidarność!“, bevor es zu spät ist, sagten wir. Und vorerst ist der Griff nach der Macht durch diese „gelbe Gewerkschaft im Dienste der Bankiers und der CIA“ abgeblockt worden. Nach der anfänglichen systematischen Verhaftungswelle gegen die Solidarność-Führer ist der aufflackernde Widerstand allmählich zum Erliegen gekommen. Der Generalstreik oder bewaffnete Widerstand, der eine blutige Auseinandersetzung heraufbeschworen und damit die gegenwärtige ka-

tastrophale Polarisierung entlang falscher Linien vertieft hätte, fand glücklicherweise nicht statt. Die unmittelbare Gefahr der Konterrevolution ist gestoppt, aber die grundsätzliche Krise der polnischen Gesellschaft ist nicht gelöst worden.

Die polnischen Massen sind zweifellos vom kapitalistischen Westen mit seinen amerikanischen Jeans, Fahnen und deutschen Autos verblendet. Sie sollten wissen, daß Polen nicht von Rußland brechen kann, ohne daß es zu einem neuen großen Krieg käme, der ihren Ruin bedeuten würde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der gesamte Staat zwangsweise über 300 Kilometer nach Westen verlegt und umfaßte damit Land, für dessen Absorbierung die Deutschen 1 000 Jahre benötigt hätten. Und die Deutschen sind mit ihrem „Lebensraum“ nicht großzügig. Konterrevolution in Polen würde eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands bedeuten und so einen mächtigen imperialistischen Moloch in Mitteleuropa schaffen, der den Polen keinen Raum lassen würde, außer vielleicht als Landarbeiter. Wenn die Soldaten mit diesen eigentümlichen Stahlhelmen wieder gen Osten marschieren würden, müßten die Polen notwendigerweise ihren Schutz in der Umklammerung russischer Armeestiefel suchen. Diejenigen, die General Jaruzelskis Gegenputsch mit den Nazis oder gar mit der Herrschaft Friedrichs des Großen vergleichen, würden dann auf brutale Weise eines Besseren belehrt werden.

Berichten zufolge haben Solidarność-Aktivistinnen und selbst einige Führer sich gefragt: „Wie konnten die Dinge so schnell so schief gehen?“ Nun, ihr wart gegen viele richtige Dinge, aber wofür wart ihr? Die Formen der Bewegung haben häufig an die einer politischen Revolution des Proletariats erinnert, aber tragischerweise war der Inhalt von der katholischen Kirche und dem Imperialismus bestimmt. Das Programm von Walesa & Co. hätte eine Katastrophe für die polnischen Werktätigen bedeutet. Alles Wichtige lernt man auf harte Weise, und Polen 1980/81 bildet da keine Ausnahme. Notwendig ist jetzt eine Periode der Umgruppierung im Untergrund, eine politische Abrechnung mit Solidarność. Nur das trotzkistische Programm des Sturzes der Ausverkaufs-Bürokraten durch die politische Revolution, um die historischen Errungenschaften des vergesellschafteten Eigentums zu verteidigen und auszuweiten, vermag den Weg vorwärts zu weisen. Eine wahrhaft leninistische Avantgardepartei der polnischen Arbeiterklasse als Teil einer wiedergeborenen Vierten Internationale kann nur durch den kompromißlosen Kampf gegen die Konterrevolution aufgebaut werden.

Übersetzt aus *Workers Vanguard*
Nr. 296, 8. Januar

Offener Brief...

Fortsetzung von Seite 2

Euch dies dazu, nicht nur die Havemann-Initiative (zurecht!), sondern auch die Wiedervereinigung Deutschlands völlig abzulehnen, weil Ihr sie Euch nicht als revolutionäre Wiedervereinigung vorstellen könnt. Wir dagegen haben Vertrauen in die deutsche Arbeiterklasse. Wir kämpfen für die Schaffung von trotzkistischen Parteien in beiden Teilen Deutschlands, um die politische proletarische Revolution in der DDR und die soziale Revolution in Westdeutschland zu führen. Wir haben ein revolutionär wiedervereinigtes Deutschland als Bestandteil der Sozialistischen Staaten von Europa auf unser Banner geschrieben.

KB wohin?

Der KB hat die Arbeiterklasse weitgehend abgeschrieben, siehe Euer Verbesserungsvorschlag am AL-Initiative: „Ansätze des aktiven Widerstandes haben sich nicht nur innerhalb der traditionellen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung entwickelt, sondern sind vor allem im außerparlamentarischen Bereich sichtbar.“ Die konsequentesten Liquidatoren unter Euch werden längst vorgeschlagen haben, die „unpassenden“ Namen *Arbeiterkampf* und *Kommunistischer Bund* aufzugeben und sich ganz parlamentarischen Sandkastenspielerien hinzugeben. Oder wohin sonst? In den klapprigen, von inneren Widersprüchen zerrissenen Eilzug der *Modernen Zeiten*, in den Zug der

ewigen Negationen der MG, die zwar hübsch gegen Nationalismus zu Felde ziehen kann, aber ansonsten nur schulmeisterlich die Zurückgebliebenheit der Arbeiter konstatiert, sich stolz „Partei der Opposition“ nennt, aber nie Partei ergreift? Wo waren die MG mit ihren hunderten Mitgliedern je bei einer Arbeiteraktion zu sehen oder bei der Mobilisierung gegen Faschisten? Konsequenterweise hat die MG auf internationaler Ebene nicht mal zu El Salvador militärisch eine Seite beziehen wollen. Eine Organisation, die die Gewerkschaften selbst ablehnt, nicht nur ihre sozialdemokratische Führung, kann den kapitalistischen Angriffen auf die Arbeiterbewegung ebenso wenig entgegenzusetzen wie den Angriffen der Imperialisten auf die Sowjetunion.

Ihr werdet Eurem Schicksal auch nicht durch Blöcke mit Organisationen entgehen, die vor einem ähnlichen Dilemma wie Ihr stehen. Der BWK ist über Polen zerrissen wie der KB. Auch wenn er sich geweigert hat, die Pro-NATO-Demonstrationen der Solidarność-Fans zu unterstützen, ist er für die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts, unterstützt er die „reine“ polnische Arbeiterbewegung gegen Partei und Kirche.

Die ML-Bewegung (d. h. der neu-linken Maoismus, der sich gerne „ML“ nannte) ist gescheitert. Ihre letzten Reste sind dabei, unter dem Druck von Kriegsfurcht, Antikommunismus und Nationalismus zusammenzubrechen. Es gibt nur eine Perspektive der internationalen proletarischen Revolution. Denn der revolutionäre Marxismus unserer Epoche, der Trotzismus, ist nicht gescheitert. Trotzismus ist der Kampf um die Traditionen des Leninismus, um die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, um die Ablehnung jeder Volksfrontpolitik, um die Verteidigung der Arbeiterstaaten. Unser Programm hat sich bewährt von Iran, Nicaragua, Polen bis zum Kampf gegen den Nationalismus der Friedensbewegung. Wir haben eine Welt zu gewinnen! Wir kämpfen für die Schaffung der Weltpartei des Proletariats, für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Italien...

Fortsetzung von Seite 5

ren dienen können – sowohl dem Kreml als auch dem italienischen Kapitalismus.

Carrillos spanische KP hat den Rubikon im Prozeß der Sozialdemokratisierung bereits überschritten, und Berlinguer hat nur nach der richtigen Gelegenheit Ausschau gehalten. Man erinnere sich nur an das berühmte Interview mit *Corriere della Sera* von 1975, in dem er gesagt hat, „um den Sozialismus in Freiheit zu erreichen, ist es besser, wenn Italien in der NATO bleibt, denn dadurch gibt es keine Gefahr einer Militärintervention der UdSSR“. Zusammen mit Carrillo hat die italienische KP Begriffe wie „Diktatur des Proletariats“ und „Marxismus-Leninismus“ über Bord geworfen, die sowieso nur reine Rhetorik für eine Partei bedeuten, die sich der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems verpflichtet hat. Und seit 1980 hat die PCI vor den „irreparablen Konsequenzen“ gewarnt, die eine sowjetische Intervention in Polen für ihre nur noch schwache Bindung an den Kreml haben würde. Angesichts der Neuaufgabe des Kalten Krieges, einer Regierung in Washington, die sich als die anti-kommunistischste seit Jahrzehnten profiliert, denkt Berlinguer jetzt, daß mit Polen seine große Chance gekommen ist. Wenn die

PCI ihren Nutzen für die Imperialisten beweisen kann, weil sie die Sowjetunion genauso heftig angreift wie die Sozialdemokraten, dann wird vielleicht das Veto gegen eine Regierungsbeteiligung der PCI aufgehoben.

Berlinguer & Co. scheinen zum Absprung bereit. Aber können sie ihre Basis intakt mit sich ziehen? Sie sind in dem Widerspruch gefangen, einerseits die reformistischen Gelüste, die „unabhängigen“ europäischen Imperialisten zu unterstützen und andererseits fürchten sie, daß dies ihr organisatorisches Gewicht erheblich schwächen könnte: 12 Millionen Wähler (30 Prozent der Wählerschaft, erheblich mehr als für die Sozialisten und die Sozialdemokraten), die Kontrolle des mächtigsten Gewerkschaftsverbandes, der CGIL, mit 5 Millionen Mitgliedern, und starke Bauernkooperativen; 1,8 Millionen Parteimitglieder, mit ungefähr 200 000 Aktivistinnen und einem Apparat, der Zehntausende umfaßt. Schon jetzt haben sie die Kontrolle über die Kommunalverwaltungen der wichtigsten Städte (Rom, Mailand, Turin, Genua, Neapel, Florenz, Bologna usw.). Und das wollen sie natürlich nicht aufs Spiel setzen. Deshalb müssen es selbst die Bürokraten zur Kenntnis nehmen, daß ihnen eine nicht zu überhörende Opposition aus den Reihen der Mitgliedschaft entgegenschlägt.

Anfang 1980 gab es merklichen Protest innerhalb der PCI gegen die Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan durch die Partei. Diesmal haben fünf PCI-Stadträte in Mailand die Parteidisziplin gebrochen, indem sie sich geweigert haben, für einen – im übrigen einstimmig angenommenen – Antrag zu stimmen. Dieser Antrag (dem alle anderen, von den Faschisten bis zu den Neulinken, zustimmten!) verdammt den Putsch in Polen und den „Sowjetimperialismus“. Aber bis jetzt scheinen die „Afghanen“ oder Kabulisti noch keine ernsthafte Opposition gegen Berlinguers Linie organisiert zu haben. Das ist auch kein Wunder, denn die „prosojetischen“ Elemente in der PCI und der Gewerkschaftsbürokratie haben kein wirkliches Alternativprogramm, das sie dem eurokommunistischen Verrat von Berlinguer entgegenzusetzen können. Gemeinsam ist ihnen allen ein eingefleischter Reformismus, wie die bittere Niederlage des Fiat-Streiks so deutlich gezeigt hat (siehe „Italian CP Knifes FIAT Strike“, *Workers Vanguard* Nr. 270, 12. Dezember 1980).

Wenn es ein Land in Westeuropa gibt, wo eine revolutionäre Opposition gegen die Klassenkollaboration der stalinistischen eurokommunistischen Verräter erhebliche Unterstützung in der Arbeiterklasse gewinnen könnte, dann ist es Italien. Wenn die Führung der PCI sich nicht beeilt mit dem endgültigen Bruch mit ihrer Vergangenheit, dann aus Angst, daß voreilige Entscheidungen der Funke für eine größere Spaltung sein könnten. Angesichts der dramatischen Ereignisse der polnischen Krise und der zunehmenden Angriffe der Kapitalisten gegen den Lebensstandard der italienischen Arbeiterklasse gibt es nun mehr als je zuvor die Möglichkeit, daß das trotzkistische Programm der bedingungslosen Verteidigung des Sowjetblocks gegen Imperialismus und Konterrevolution, der politischen Arbeiterrevolution im Osten zum Sturz der verräterischen stalinistischen Bürokraten und der sozialistischen Revolution im kapitalistischen Westen bei dem militanten Proletariat Italiens Gehör findet.

Übersetzt aus *Workers Vanguard*
Nr. 296, 8. Januar

Spartakist Paket

Solidarność: gelbe Gewerkschaft im Dienste der CIA und der deutschen Bankiers

- Polen: die Zeit läuft ab
Stopp die Konterrevolution der Solidarność!
Spartakist Nr. 40, Oktober 1981
- Proletarisch-politische Revolution wird Polen in Gang bringen
Wirtschaftschaos in Polen
Solidarność-Führer gegen Planwirtschaft
Marktsozialismus ist antisozialistisch
Spartakist Nr. 39, September 1981
- US-Imperialisten provozieren Sowjetunion
Wohin geht Polen?
Spartakist Nr. 37, Mai 1981
- Bekämpft die klerikale Reaktion! Für proletarische politische Revolution!
Arbeiterstreiks in Polen
Polnische Dissidenten Arm in Arm mit klerikaler Reaktion
Papst Wojtylas Dissidenten
Spartakist Nr. 32, September 1980
- Ein Arbeiterpolen, ja!
Papst Wojtylas Polen, nein!
„Reine Demokratie“ oder politische Revolution in Osteuropa
Spartakist Nr. 9, Frühjahr 1981
- Solidarność-Konterrevolution gestoppt
Umsturz vereitelt
Spartakist-Extrablatt, Dezember 1981

Zu beziehen über: Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postcheckkonto Ffm 119 88-601 (Verlag Avantgarde GmbH)

DM 3,50

„freie Welt“...

Fortsetzung von Seite 12

antwortete: „Nein, ich möchte ihnen keine solche Versicherung geben.“ (*Daily News*, 13. November 1981)

Der Kern der US-Regierungspolitik in Mittelamerika ist Kalte-Kriegs-Hetze gegen den Sowjetblock. Die USA behaupten, daß die Russen, via Castro und Sandinistas, die salvadorianischen Guerilleros mit Waffen beliefern (was leider nicht der Fall ist) und als Ergebnis davon sei der Krieg dort „im wesentlichen in eine Patt-Situation geraten.“ Und von da sehen sie eine gerade Linie zur zweiten Schweinebucht, zur zweiten kubanischen Raketenkrise und zum dritten Weltkrieg.

Die Strategie der europäischen Sozialdemokratie

Die europäischen Verbündeten des US-Imperialismus verfolgen eine andere Strategie. Wenn die westdeutsche Sozialdemokratie finanzielle Hilfe an die FDR gibt und die französische mit Nicaragua Waffengeschäfte abschließt, dann nicht, weil sie Sympathien mit einer Revolution in Mittelamerika hätten. Genau das Gegenteil ist der Fall! Ihre Anerkennung der FDR/FMLN ist der Versuch, den Weg zum Kommunismus zu blockieren und die kapitalistische Herrschaft zu erhalten. So erklärte der französische Präsident Mitterrand:

„Der Westen wäre besser beraten, diesen Leuten zu helfen als sie zu zwingen, unter den Stiefeln der Unterdrücker zu existieren, weil ich es nämlich gern hätte, daß jemand anders als Fidel Castro es hört, wenn sie um Hilfe rufen.“ (*New York Times*, 2. Juli 1981)

Darüberhinaus sind die westdeutschen Kapitalisten anders als Reagan daran interessiert, Détente zu erhalten, sei es um ihren profitablen Osthandel zu erhalten oder um zu verhindern, daß Zentraleuropa das Schlachtfeld Nummer eins des dritten Weltkrieges wird.

Die westdeutsche wie amerikanische Linke setzt auf eine „politische Lösung“ in El Salvador. Die internationale Spartacist Tendenz dagegen weiß, daß Appelle an einen Flügel des Imperialismus zum Scheitern verurteilt sind. Für den militärischen Sieg der linken Aufständischen gegen die blutige Junta, für Arbeiterrevolution in El Salvador! Die Verteidigung von Kuba, UdSSR beginnt in El Salvador!

Patt in El Salvador

Der Bürgerkrieg in El Salvador scheint wahrhaftig zumindest in eine „Pattsituation“ geraten zu sein, was für die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) natürlich viel günstiger ist als für Oberst García oder Juntachef Napoleón Duarte. Imperialistische Expeditionskorps haben von Algerien bis Vietnam die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Armee der Marionettenregierung, die in einem Krieg gegen von der Be-



Workers Vanguard Foto

Washington, 3. Mai 1981 – Anti-Imperialistisches Kontingent, organisiert von unseren Genossen der Spartacist League/U.S.: „Für den militärischen Sieg der salvadorianischen Linken!“

völkerung unterstützte Guerilleros nicht in der Lage ist, Siege zu erringen, verlieren wird. Laut dem Kongreßabgeordneten Michael Barnes schätzte eine Pentagonstudie im Oktober 1981 die Chancen für einen Sieg der FMLN auf dem Schlachtfeld „50:50“. Andere Beobachter räumen der Junta noch schlechtere Chancen ein. Die *Washington Post* (10. November 1981) meldet, „Fahrten aus der Hauptstadt aufs Land zeigen, daß das Patt vor einiger Zeit gebrochen wurde und daß die Guerilleros der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí jetzt schneller an Boden gewinnen als die Regierungstruppen ihn halten können“. Die Junta-Armee hat es fertiggebracht (mit der Hilfe paramilitärischer Todesschwadronen), mehr als 30 000 wehrlose Zivilisten seit dem von den USA unterstützten „Menschenrechts“-Putsch vom Oktober 1979 zu ermorden. Aber gegen die Aufständischen haben sie eine gemeldete Verlustrate von 10 Prozent – außergewöhnlich hoch für einen Guerillakrieg.

Im Januar vergangenen Jahres starteten die FMLN-Rebellen eine „General“- (manche nannten es „End“-) Offensive, in der Hoffnung, die Junta vor Reagans Amtsantritt zu erledigen. Es gelang nicht, aber in elf Tagen des Kampfes bewiesen die Guerilleros, daß sie die Regierungstruppen im großen Maßstab bekämpfen und beginnen konnten, ein gewisses Maß von Kontrolle über weite Gebiete des Landes auszuüben. Nachdem die Offensive abgeblasen worden war, startete die Junta eine „Säuberungs“-Operation nach der anderen gegen die Gebiete der Guerillabasen – jedes Mal gegen die gleichen Gebiete. An klaren Tagen können die Geschäftsleute in den Bürogebäuden von San Salvador die FMLN-Lager 40 Kilometer entfernt auf den Hängen des Guazapa-Vulkans sehen, die die Regierung in fünf Versuchen nicht einnehmen konnte. Mindestens sechs Mal haben die Junta-Truppen größere Offensiven in die nordöstliche Morazán-Provinz gestartet, jedes Mal zogen sie sich mit schweren Verlusten zurück und mußten den Aufständischen die Kontrolle überlassen. Im letzten August besetzte die FMLN die Stadt Perquin in diesem Gebiet und hielt sie eine Woche lang.

Im Hochsommer begannen die Rebellen eine größere Kampagne wirtschaftlicher Sabotage, wobei sie besonders Stromkraftwerke und Hochspannungsmasten ins Auge faßten. San Miguel, El Salvadors drittgrößte Stadt, war monatelang ohne Strom und Energie. Selbst Präsident Duarte muß mit einem tragbaren Stromgenerator reisen, um seine Reden in den Städten außerhalb der Hauptstadt zu verstärken. Im September waren die beiden größten stromerzeugenden Staubecken des Landes stillgelegt, und viele Hauptstraßen und Eisenbahnbrücken waren zerstört. Die FMLN „feierte“ den zweiten Jahrestag des Coups von 1979, indem sie die wichtigste Brücke von El Salvador sprengte, die Puente de Oro (Goldene Brücke), die den breiten Lempa-Fluß überspannte und die die Hauptverkehrsader zum östlichen Drittel des Landes war. Die Reparatur wird Jahre beanspruchen. Folgend auf diesen Anschlag haben die Guerilleros eine neue Offensive in Gang gesetzt, bei der sie die Stadt Suchitoto,

nur etwa 33 Kilometer von San Salvador entfernt, abgeschnitten haben.

Angesichts dieser günstigen Lage auf dem Schlachtfeld würde eine revolutionäre Führung zu verdoppelten Anstrengungen aufrufen, um einen militärischen Sieg zu erringen, und sie würde den Kampf auf ganz Mittelamerika ausdehnen, indem sie die Arbeiter und Bauern mobilisieren würde, um die Macht zu ergreifen. Aber die salvadorianische Demokratische Revolutionäre Front (FDR), eine Volksfrontgruppierung der FMLN-Guerilleros mit einigen wenigen bürgerlich-liberalen Politikern, und ihre Propagandisten im Ausland drängen stattdessen zu einer mit der Marionettenjunta und ihren imperialistischen Herren ausgehandelten „politischen Lösung“. Werden die räuberische Oligarchie und ihre militärischen Schlächter nicht vernichtet, dann würde solch ein trügerischer „Handel“ die arbeitenden Massen des Sieges berauben, für den sie so hart gekämpft und für dessen Erringung sie so viele Opfer bringen. Und es könnte Tür und Tor öffnen für ein Blutbad wie das, was auf den fehlgeschlagenen Aufstand von 1932, der von dem Kommunisten Farabundo Martí geleitet wurde, folgte.

Seit dem Ende der General-/End-Offensive vom Januar letzten Jahres war die fruchtlose Suche nach einer ausgehandelten Verständigung die Hauptlinie der Strategie von FDR/FMLN. Jeden Monat sind die Vorbedingungen der FDR für Verhandlungen geringer geworden, aber Reagan/Haig sind nicht interessiert und die salvadorianischen Oberste umso weniger. Ihr Angebot, das den Vereinten Nationen im Oktober 1981 von Nicaragua übermittelt wurde, enthält überhaupt keine Vorbedingungen mehr und fordert lediglich Wahlen (in einem Land, wo das Wort „Wahl“ einzig und allein als Synonym für „Betrug“ gebraucht wird) und eine mögliche „Umstrukturierung“ der Streitkräfte, um nur diejenigen auszuschließen, die Schuld an „Verbrechen und Völkermord“ tragen. In den USA hat die Mehrzahl der Linken in der Hoffnung, die Unterstützung liberaler Demokraten zu gewinnen (die nichts getan haben, um Reagan zu stoppen), diesen Ruf nach einer „politischen Lösung“ übernommen. Robert Armstrong, ein Leiter des Komitees in Solidarität mit dem Volk von El Salvador (CISPES), hat diese Linie im *Guardian* (21. Oktober 1981) erklärt:

„Was das außenpolitische Establishment der USA stets vereint hat, war das gemein-

Rettet die türkischen Gewerkschafter vor dem Galgen!

Am 24. Dezember hat die türkische Militärjunta einen Massenschauprozess gegen 52 Führer der Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften (DISK) begonnen. Der 500 000 Mitglieder starke militante Gewerkschaftsdachverband ist seit dem Putsch der Generale im September 1980 verboten. Den Angeklagten – einem Großteil der höchsten DISK-Führung – droht die Hinrichtung, falls sie verurteilt werden. Sie werden angeklagt, vor dem Putsch 1. Mai-Kundgebungen und Demonstrationen gegen gewerkschaftsfeindliche Gesetze organisiert zu haben und gegen die Ermordung von Gewerkschaftsführern durch faschistische Todeskommandos wie die „Grauen Wölfe“ protestiert zu haben. Die Junta, die selber eine verfassungsgemäß gewählte Regierung gestürzt hat, wirft nun den Gewerkschaftern vor, sie hätten die Verfassung verletzt! Nach Angaben ihrer Anwälte hat sich der Prozess verzögert, weil die Militärbehörden versucht haben, DISK Verbindungen zur Moskau-orientierten Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) nachzuweisen, die selber seit 1923 verboten ist.

Als die Militärs die Macht übernommen haben mit dem Versprechen, den politischen Terrorismus zu zerschlagen und dem wirtschaftlichen Chaos ein Ende zu machen, wurden die Aktivitäten von DISK sowie alle Streiks und Tarifverhandlungen verboten. Rund 600 Gewerkschaftsfunktionäre sind verhaftet worden. Obwohl die Junta heuchelte, unparteiisch sowohl die „Extremisten“ der Linken als auch der Rechten zu zerschlagen, hat die gnadenlose Unterdrückung häufiger und brutaler die Linke, die organisierte Arbeiterbewegung und die unterdrückte kurdische Minderheit getroffen. Hunderte von guevaristischen Guerilleros, besonders Mitglieder von Dev Yol (Revolutionärer Weg) sind auf der Stelle von der Armee und der Polizei umgebracht worden. Das Foltern von politischen Gefangenen ist so weit verbreitet, daß selbst westeuropäische bürgerliche Regierungen, die ursprünglich den Putsch begrüßt haben, den Generalen raten, für „ordentliche“ Verhältnisse bei sich zu sorgen, wenn sie

weiterhin ihre Kredite bekommen wollen.

So erhob Genscher gegenüber der türkischen Junta, die allein in der ersten Woche nach ihrer Machtübernahme mehr als 10 000 verhaftet hat, heuchlerisch den Zeigefinger, forderte der Bundestag am 5. Juni letzten Jahres von General Evren einen „Zeitplan“, der die „möglichst baldige Rückkehr zu einer funktionsfähigen Demokratie sicherstellt“ – nur um gleichzeitig den Arbeiter- und Kurdenmördern 660 Millionen DM aus dem Haushalt '81 zufließen zu lassen. Die Bundesregierung tut außerdem ihr Bestes, die 1,5 Millionen Türken in Westdeutschland zurück ins Masseneiland und in die Folterkeller dieses traditionellen Klientenstaates des deutschen Imperialismus zu exportieren, linke Türken auszuspionieren und – wie in Westberlin – linke Organisationen zur Herausgabe ihrer Mitgliedlisten zu zwingen. Westdeutschland ist bestrebt, den „traditionellen“ deutschen Einfluß in der Türkei aufrechtzuerhalten. Die Türkei als deutsche Kolonie. Für die NATO hat die Türkei darüberhinaus strategische Bedeutung als Militärbastion an der Südflanke der UdSSR, besonders seit dem „Verlust“ des Iran und der griechischen Drohung, die militärische Organisation der NATO zu boykottieren. Während die Gewerkschaftsführer auf der Anklagebank sitzen und die Todesstrafe erwarten und selbst Dichtern, die den Nobelpreis erhalten haben, Pässe für Auslandsreisen verweigert werden, bezeugten Arbeitervertreter wie der ÖTV-Vorsitzende Klunker und der SPD-„Linke“ Karsten Voigt als treue Stützen der westdeutschen Bourgeoisie der Junta den „besten Willen“, zur Demokratie zurückzukehren.

Die Linke und die Arbeiterbewegung müssen weltweit die sofortige Freilassung der DISK-Führer und aller Gefangenen, die Gegner der Junta und der ultrarechten Banden sind, fordern. Die Arbeiterbewegung muß alle Militärhilfe für die Junta boykottieren als ein Akt der internationalen Solidarität mit den bedrohten türkischen Arbeitern und Bauern. Freiheit für die 52! Entfesselt die DISK! Nieder mit der NATO!

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

– DM 45,- for 24 issues – AIRMAIL
– DM 8,- for 10 introductory issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

same Ziel, daß die Kräfte der FMLN/FDR keinen militärischen Sieg erringen dürfen.“

Richtig. Deshalb *widersetzen* sich CISPES und andere Reformisten heftig der Forderung der Spartacist League nach militärischem Sieg für die salvadorianischen Aufständischen und rufen stattdessen nach einer vom Imperialismus auferlegten Lösung.

Nicaragua in Reagans Visier

Die kleinbürgerlich-nationalistische Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront Nicaraguas (FSLN) hat nun seit über zwei Jahren versucht, einen „Mittelweg“ zwischen der Durchführung einer sozialen Revolution à la Kuba und der Kapitulation vor dem Imperialismus und den heimischen Kapitalisten zu folgen. Wiederholt geloben sie ihre Treue zur „nationalen Einheit“, zur „gemischten Wirtschaft“ und zum „politischen Pluralismus“. Doch es hat nichts genutzt. Die Sandinistas haben weder Washington beschwichtigt noch einen Modus vivendi mit der einheimischen Bourgeoisie gefunden. Nun werden die arbeitenden Massen unruhig und verlangen ein Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung, unter der sie trotz des Sturzes der mörderischen Diktatur Somozas nach wie vor leiden. Und obendrein sieht sich das Land jetzt der unmittelbaren Drohung imperialistischer Blockade und konterrevolutionärer Invasion gegenüber.

Die Antwort der FSLN war eine wirtschaftliche Notverordnung, die jede Störung oder gewaltsame Unterbrechung der Produktion verbietet. Nach dieser Verordnung wurden drei Führer der oppositionellen Vereinigung der Geschäftsleute COSEP verhaftet und zu *sieben Monaten* verurteilt, weil sie eine verleumderische Erklärung herausgegeben hatten, worin den Sandinistas vorgeworfen wurde, Völkermord zu planen. Zur gleichen Zeit wurden 24 Mitglieder der winzigen Kommunistischen Partei (PCN) inhaftiert, einer dissidenten Moskau-orientierten Gruppe mit einem gewissen Einfluß unter Schlüsselsektoren der winzigen Arbeiterklasse Nicaraguas. Drei Führer der PCN und ihres Gewerkschaftsverbandes CAUS wurden zu *drei Jahren* Haft verurteilt, weil sie eine Fabrikbesetzung angeführt hatten. Obwohl die Imperialisten Zeter und Mordio (einschließlich, in zurückhaltender Form, von der sozialdemokratischen Zweiten Internationale) wegen der Inhaftierung der COSEP-Führer schrien, verkündete die Regierung, sie könnten gegen Zahlung einer Geldbuße von 66 Dollar freigelassen werden (*Barricada*, 30. Oktober 1981)! Die inhaftierten Geschäftsleute bleiben jedoch *freiwillig* im Gefängnis, um als Symbol für die Konterrevolution zu dienen.

Es ist wert, beiläufig festzuhalten, daß die reformistische Socialist Workers Party (SWP) – amerikanische Schwesterorganisation der GIM –, bevor die Urteile gefällt wurden, wieder einmal die sandinistische Unterdrückung der Linken zu rechtfertigen suchte, indem sie behauptete, daß, obwohl sie die „Ultralinken angeklagt haben, im Bunde mit der kapitalistischen Konterrevolution zu stehen... die Sandinistas weiterhin die beiden Parteien in der Praxis ganz unterschiedlich behandeln. Schläge sind ausgeteilt worden an die Ausbeuter, wodurch die Arbeiter- und Bauern-Regierung gestärkt wurde, wogegen die gelegentlichen Spannungen mit den Ultralinken Perioden der Zusammenarbeit gewichen sind.“ (*Militant*, 6. November 1981) Die nächste Ausgabe des *Militant* erwähnt zwar die gefangenen Geschäftsleute an herausragender Stelle, übergeht jedoch die Gefangenen der PCN/CAUS. Im Gegensatz dazu hat die internationale Spartacist Tendenz beständig Linke gegen die Unterdrückung durch die kleinbürgerliche bonapartistische FSLN verteidigt – von der Simón-Bolívar-Brigade zu der pro-albanischen Arbeiterfront und zur Kommunistischen Partei – und verlangte revolutionäre Justiz gegen die Folterknechte und Mörder der Nationalgarde Somozas, von denen viele geringere Urteilsprüche erhalten haben als die Führer der PCN/CAUS.

Die SWP hat allerdings durchaus recht, daß die Sandinistas Linke unterschiedlich behandeln. Ein Bericht von Alan Riding in der *New York Times* (17. November 1981) stellt korrekt fest, „Agitation in den Gewerkschaften wurde von dem Regime sogar als gefährli-

cher als die Proteste der Geschäftsleute eingeschätzt“. Und er stellt weiter fest: „Bisher sind etwa 100 Kommunisten eingesperrt worden.“ Viele von ihnen waren Gewerkschaftsaktivisten in der CAUS-organisierten Fabrik Fabritex, angeklagt der „psychologischen Folter“ der Arbeiter. Und um dieser Brutstätte der Arbeiteragitation ein für allemal ein Ende zu bereiten, griff die FSLN zu einer extremen Maßnahme: zur Auflösung der Fabrik! Nicht nur wurden alle Arbeiter entlassen – nach einer Schlagzeile der *Barricada* (2. November 1981) als „Lektion für die Verwirrten“ –, sondern es kamen tatsächlich Lastwagen, um die Rohstoffe abzuholen.

Warum keine kubanischen Waffen für die salvadoreanischen Linken?

Seit Beginn der Regierung Reagan haben Haig und sein Gefolge eine zunehmend heftigere Lügen- und Hetzkampagne gegen Castros Kuba geführt. In letzter Zeit gehen sie zu Drohungen und Plänen für imperialistische Angriffe über. Während sie konterrevolutionären *Gusanos* (Würmern) freie Hand lassen, um terroristische Aktionen und neue Schweinebucht-Landungen auszubreiten, versucht die Regierung gleichzeitig, die öffentliche Meinung in den USA auf Kriegshandlungen gegen die von zehn Millionen Menschen bewohnte Insel einzustimmen, die nur etwa 140 Kilometer von dem mächtigsten imperialistischen Koloß der Welt entfernt liegt. Zusätzlich richtet Washington ein neue Rundfunkstation ein, um Aufrufe zum Sturz des Regimes zu senden, und es gibt Grund zur Annahme, daß die CIA ihre schmutzigen Tricks von einst ausgräbt, einschließlich umfassender biologischer Kriegsführung gegen das kubanische Volk und den Viehbestand.

Am 2. November 1981 druckte die Tageszeitung der kubanischen Kommunistischen Partei, *Granma*, einen langatmigen Leitartikel, der die Lügen und Drohungen der Reagan-Regierung gegen das Regime von Havanna brandmarkte. Am 30. Juli 1981 hatte Außenminister Haig vor dem Senatskomitee für die Streitkräfte gesagt, er habe „stichhaltige Beweise“, daß sowjetische Lieferungen an Kuba „nach Mittelamerika weiterverschifft“ würden. Am 3. August 1981 hatte ein Sprecher des State Department behauptet, Castros Aufrüstung gehe „über Kubas legitime Verteidigungsbedürfnisse hinaus“. Am 8. August hatte die amerikanische UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick aus Chile gedroht, des „kubanischen Expansionismus“ werde man sich „direkt annehmen“. Später hatte General Haig Kuba angeklagt, 1500 Militärberater in Nicaragua zu haben und ebenso in „gewissen Guerillagebieten“ El Salvadors Berater zu haben. Am 12. Oktober 1981 hatte US-Vizepräsident Bush erklärt, daß Nicaragua „immer noch Gelegenheit hat, sich zu befreien von den Ketten“ von „5000 Beratern, die Castro gesandt hat“. Auf all diese Anschuldigungen durch den US-Imperialismus antwortete Castro: „Lügen, Lügen und nichts als Lügen!“

Castro hat recht, aber das gereicht ihm nicht zur Ehre. In einer Rede vor der Interparlamentarischen Union in Havanna am 15. September 1981 stellte der kubanische Oberkommandierende fest: „Es ist eine Lüge, ... daß es kubanische Militärberater in El Salvador gibt. Es ist eine Lüge, daß ein Teil der Waffen, die von der Sowjetunion an uns geliefert werden, nach Mittelamerika weiterverteilt wird. *Es ist eine Lüge, daß Kuba Waffen und Munition an salvadorianische Patrioten liefert.*“ (*Granma*, 27. September 1981 – unsere Hervorhebung) Was für eine schändliche Erklärung – und es ist wahr, Wahrheit schlimmer noch als Verleumdung! Eine authentische revolutionäre Arbeiterregierung würde es als eine Ehrensache und als ihre Pflicht ansehen, Waffen an die linken Aufständischen in El Salvador zu liefern. Aber wie wir im Frühjahr letzten Jahres schrieben:

„Die Wahrheit ist, daß es unglücklicherweise keine effektive sowjetische Hilfe für die Aufständischen in El Salvador gibt. Denn wenn es sie gäbe, wären im letzten Jahr nicht 12 000 Menschen durch die rechten Todeskommandos und die Armee der Junta gestorben. Das ist der Beweis.“ („Zerschlagt den Junta-Terror!“ *Spartakist* Nr. 36, April 1981)

Castro rechtfertigt diese Weigerung mit der Behauptung, „die Kanäle dafür existieren nicht“. Warum? Gewiß nicht deswegen, weil es keine Mittel und Wege gäbe, den salvadorianischen Linken Waffen zukommen zu lassen. Das ist absurd. Vielmehr fürchten sich sowohl die kubanischen Fidelistas als auch die nicaraguanischen Sandinistas davor, die Aufständischen mit Waffen zu versorgen, weil es von Reagans Kalten Kriegern als Vorwand für eine Blockade oder Invasion benutzt werden könnte. Aber, wie die Ereignisse zeigen, werden der „Sozialismus auf einer Insel“ und der „Sandinismus in einer Bananenrepublik“ nicht bewahrt durch Beschwichtigung des Yankee-Imperialismus. Im Rahmen des stalinistischen Nationalismus eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaats hat Castro mit Würde und Mut auf die Drohungen Reagans geantwortet:

„Die Imperialisten erwähnen die totale Blockade als Teil ihres Arsenal von Maßnahmen gegen Kuba. Nun gut, wir werden eine neue Erfahrung machen und sie auch, denn einer Sache sind wir sicher: unser Land kann einer totalen Blockade widerstehen, solange wir es müssen.“ (*Granma*, 1. November 1981)

Doch letztlich besteht die einzig wahre Verteidigung der kubanischen Revolution in ihrer internationalen Ausweitung – auf ganz Lateinamerika und vor allem auf die imperialistische Metropole im Norden.

Verteidigt Kuba und die Sowjetunion! Hände weg von Nicaragua!

Was werden die Imperialisten tun? Wir sind nicht in die Geheimnisse des Pentagon, des State Department und der CIA eingeweiht. Eine Invasion Kubas wäre der Beginn des dritten Weltkrieges. Wie der liberale „think tank“ (Denkstrategie) William Leo-Grande in der *New York Times* (17. November 1981) schrieb, war der Ausgang der kubanischen Raketenkrise von 1962 „größtenteils das Resultat der (US-) 5-zu-1-Überlegenheit an nuklearen Waffen über die Sowjetunion“; da die USA und die UdSSR nun über „eine relative nukleare Parität verfügen, ist die Wahrscheinlichkeit der Kapitulation der Sowjetunion in einer solchen Krise weit aus geringer“. Und *bisher* waren wir dem nuklearen Weltuntergang noch nie so nah wie in der Raketenkrise von 1962.

Sozialistische Revolutionäre vertrauen nicht auf die stalinistische Bürokratie des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates, die schon viele Revolutionen, von Spanien bis Chile, verraten hat. Die einzige Garantie des Sieges der salvadorianischen Massen, der sozialen Revolution in Nicaragua, der Verteidigung der proletarischen Staatsmacht in Kuba liegt in der internationalen proletarischen Revolution unter einer leninistisch-trotzkistischen Führung. Hände weg von Nicaragua! Militärischer Sieg den salvadorianischen Linken! Verteidigt Kuba und die UdSSR! Für Arbeiterrevolution!

Nach Workers Vanguard Nr. 293, 20. November 1981

Metal, ÖTV...

Fortsetzung von Seite 12

aus reinen konzerninternen Erwägungen zugemacht werden soll, darf nicht geschlossen werden! Beim Kampf der VDM-Arbeiter forderten wir Solidaritätsstreiks in anderen Metallbetrieben. VDM, Videocolor sind keine Ausnahmen, der Wille zum Kampf ist vorhanden: Streiks und Demonstrationen auch in Gelsenkirchen gegen die Stilllegung des Thyssen Hochofens 4, um die Entlassung von 1170 Arbeitern zu verhindern. Mit ihnen würde die Arbeitslosigkeit dort auf 13 Prozent steigen! Und auch im Norden drohen Massenentlassungen, u. a. bei HDW.

Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung!

Doch anstatt die geballte Kraft der organisierten Arbeiterklasse zu entfesseln, bezugt die Gewerkschaftsbürokratie der Bourgeoisie ihre „gesamtwirtschaftliche Verantwortung“ und ihr „Augenmaß in der Tarifpolitik“, so Janßen auf einer Frankfurter Pressekonferenz am 11. Januar. Um die „Sicherheit

der Arbeitsplätze“ zu retten, soll Lohnverzicht geübt werden, mit der bescheidenen Lohnforderung von 7,5 Prozent, deren volle Durchsetzung natürlich nichtmal angestrebt wird. Wieder einmal betätigt sich die reformistische Gewerkschaftsführung als Arzt am Krankenbett, als Retter der Nation. Ein Tritt in den Hintern der Arbeiterklasse wird der einzige Lohn dieser „Verantwortung“ sein. Die Lohnkämpfe bei Metall und ÖTV müssen koordinierte Aktionen sein, um die Pläne der Bosse zu durchkreuzen: Kampf für Lohnerhöhung, die den Reallohn steigern, verbunden mit der gleitenden Skala der Löhne, d.h. ihrer automatischen Anhebung bei steigenden Preisen.

Die Gewerkschaftsführung will „ihrer“ Regierung keine Schwierigkeiten machen. Die im vorigen Herbst in Stuttgart mobilisierten Arbeiter sollten nur Dampf ablassen und als Pressure group die FDP angreifen, die die SPD-„Beschäftigungsprogramme“ blockiert. Doch es kamen 70 000 nach Stuttgart! Zuviele, als daß sie auf Dauer mit Veters Forderung nach Beschäftigungsabgaben bei der Stange gehalten werden könnten! Selbst sein reformistisches Konzept der 35-Stunden-Woche gegen die Arbeitslosigkeit hat der DGB bis 1984 auf die lange Bank geschoben. (Umso eifriger stürzen sich die linken Organisationen darauf und versuchen vorzugucken, diese begrenzte Forderung allein wäre die Lösung, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.)

ÖTV-Chef Kluncker spuckt große Töne, ohne dem bisher Taten folgen zu lassen, aber nur, um „Sonderopfern“ („Opfer“ sind schon eingepflanzt!) seiner Gewerkschaft entgegenzutreten. Durch Gesetz soll allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes das Einkommen um ein Prozent gekürzt werden. Damit rückt erneut die Forderung nach „Streikrecht für Beamte“ in den Vordergrund. Bisher hat die ÖTV-Bürokratie eine Konfrontation mit der Regierung, dieses Streikrecht zu erkämpfen, gescheut. Beamte konnten bei Streiks im öffentlichen Dienst bislang als Streikbrecher eingesetzt werden, die Gewerkschaften sorgten nicht dafür, bei einem Streik wirklich alles dicht zu machen, sodaß *niemand* arbeitet und so die Beamten nicht allein mit dem Staatsapparat konfrontiert sind, wenn sie sich weigern zu arbeiten. Streikrecht für Beamte ist nicht eine Frage von Gesetzen (wie auch das Streikrecht überhaupt), sondern des Kräfteverhältnisses *im Kampf*.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung steckt angesichts der Konfrontation mit Bossen und bürgerlichem Staat den Kopf in den Sand. DKP und andere linke Organisationen haben außer mehr oder weniger radikalen Worten den Arbeitern auch nichts anzubieten. *Was wir brauchen, ist gemeinsame geschlossene Streikaktion der Riesengewerkschaften IGM und ÖTV, um die kapitalistischen Austeritätspläne zurückzuschlagen.* Aber der Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kann nur siegreich geführt werden durch eine neue *klassenkämpferische Gewerkschaftsführung*, die mit jeder Art von sozialer Partnerschaft und Vertrauen in den bürgerlichen Staat, also mit jeder Art von Klassenzusammenarbeit Schluß macht. *30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn! Für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft!*

Neu!

SPARTACIST

Nr. 10, deutsche Ausgabe

- Solidarność: Konterrevolutionärer Drang zur Macht gestoppt
 - Solidarność: Im Dienst von CIA und Bankiers
 - Afghanistan: Die SWP macht kehrt VS fordert Rückzug der sowjetischen Truppen
 - Spartacist League in Sri Lanka gegründet
 - LTF mobilisiert Gewerkschafter gegen Faschisten
 - Nein zur NATO-Volksfront in Frankreich
 - Blutfehde Iran/Irak **DM 2,-**
- zu beziehen über die Redaktionsanschrift

SPARTAKIST

Terror in El Salvador, Kriegsdrohungen gegen Kuba, Nicaragua Reagans „freie Welt“ in Aktion

US-Präsident Ronald Reagan empört sich gewaltig über Polens Militärregierung und möchte Polen für den „freien Westen“ erobern. Wie dagegen seine „freie Welt“ aussieht, zeigen die Folterkeller der brutalen Militärjunta in Chile und die grauenhaften alltäglichen Massaker der Killerkommandos in El Salvador. Seit der Machtübernahme der Junta am 15. Oktober 1979 sind in El Salvador mehr als 30 000 Menschen ermordet worden, 12 000 Tote allein im letzten Jahr. Ende Dezember löschten Regierungstruppen die Dörfer El Mozote, Poza Honda und Cerro Pando völlig aus: 900 Tote!

US-finanzierte salvadorianische Soldateska und ihre Opfer



Die Verteidigung von Kuba, UdSSR beginnt in Mittelamerika

Reagan leistet der Militärjunta umfangreiche Unterstützung: finanzielle Hilfe in Millionenhöhe und die Ausbildung von salvadorianischen Soldaten bei den berühmten US-Eliteeinheiten „Green Berets“. Noch vor den für den 28. März vorgesehenen „Wahlen“ will die Militärjunta jeden Widerstand zerschlagen haben. Die US-Botschaft in Mexiko kommentiert: „Es wird vor den Wahlen noch ein Blutbad geben – wenn es überhaupt zu Wahlen kommt.“ (*Der Spiegel*, 11. Januar)

Seit er die Amtsgeschäfte übernommen hat, war Reagan bestrebt, durch die militärische Zerschlagung der salvadorianischen Linken einen schnellen Sieg für seine Kalte-Kriegs-Propaganda zu erzielen. Die Guerilleros haben sich zäher als erwartet gezeigt,

doch Reagan hat seine Pläne nicht aufgegeben, den Sowjets, wenn auch nur stellvertretend in Amerikas „Hinterhof“, eine „blutige Lektion“ zu erteilen. Wenn US-Kriegsminister Haig zwar noch eine Weile warten muß, um seine „Demonstrationsbombe“ über der Ostsee abzuwerfen, meint er, wenigstens eine „Demonstrationsblockade“ in der Karibik durchsetzen zu können, nämlich eine Seeblockade Nicaraguas. Bezüglich Kubas reichen die Pläne von stärkeren Wirtschafts-

sanktionen zu „einer Machtdemonstration der Luftwaffe, großen Seeübungen, einer Verhinderung der Verschiffung von Waffen zu der Insel, einer allgemeinen Blockade als Teil von Kriegshandlungen und einer Invasion durch amerikanische und möglicherweise lateinamerikanische Truppen“ (*New York Times*, 5. November 1981).

Daß dies kein Bluff oder bloße Prahlerei ist, zeigte ein mehrwöchiges Marinemanöver in der Karibik, das nicht zufällig zu diesem Zeit-

punkt stattfand. Kuba versetzte daraufhin seine Truppen in Alarmbereitschaft.

In einer Anhörung vor dem Ausschuss des Kongresses für auswärtige Fragen in der darauffolgenden Woche fragte der Kongreßabgeordnete Gerry Studds den Außenminister, ob er verbürgen könne, daß die USA keine „Anstrengungen“ mache, „um die gegenwärtige Regierung von Nicaragua zu stürzen oder zu destabilisieren.“ General Haig

Fortgesetzt auf Seite 10

Lohnraub, Massenentlassungen. Sozialkürzungen:

Metall, ÖTV: ein Kampf!

Zu Beginn des Jahres 1982 sieht sich die westdeutsche Arbeiterklasse mit einer harten Offensive des Kapitals konfrontiert. Auf dem Rücken der Arbeiter, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Fabriken wieder aufbauten und über die dann die Kapitalisten verfügten, soll die sich jetzt auch in Westdeutschland verschärfende Krise ausgetragen werden.

Mit 1,7 Millionen Arbeitslosen ist bereits der höchste Stand seit 1956 erreicht, Be-

Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!

triebsschließungen sind an der Tagesordnung und ohne Gegenwehr würde zum zweiten oder dritten Mal ein Reallohnabbau für die Arbeiter anstehen. Begleitet werden die Unternehmerangriffe vom dreisten Raubzug des „Sozialstaates“ gerade im Bereich „Soziales“: Die „sozial“-liberale Koalition erhöht die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und kürzt gleichzeitig Hunderttausenden brotlos gewordenen das Arbeitslosengeld. Kindergeld wird in Milliardenhöhe gekürzt, ebenso wird an Ausbildungsbeihilfe und Sozialunterstützungen gespart.

Den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wird ein „Sonderopfer“ für die Nation abverlangt: um ein Prozent soll ihr durch Geldentwertung und Steuerprogression ohnehin schon geschmälertes Einkommen direkt gekürzt werden! Damit wäre weiteren Raubzügen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung bei Krankheit...) Tür und Tor geöffnet. Nicht gespart wird dagegen an der „Verteidigung“. Willy Brandt stellte bei der Haushaltsdebatte nochmal den Aufrüstungskurs klar: „Wir sollten helfen, die Schere zwischen Auftrag und vorhandenen Mitteln zu schließen und unseren Soldaten den Eindruck zu geben, daß ihr Auftrag verstanden und mitgetragen wird.“

Die Folgen von Lohnraub, Arbeitslosigkeit und Sozialstreichungen lasten auf den ausländischen Arbeitern am schwersten. Hunderttausende sind in den letzten Jahren schon einfach rausgeworfen und in das Elend ihrer Heimatländer zurückgeschickt worden. Ohne dieses zynische Abschiebespiel mit „Menschenmaterial“ wären die Arbeitslosenzahlen noch längst weit höher geschneit! Um jetzt noch mehr Kollegen abschieben zu können, werden in Westdeutschland, das selber an die Adresse der DDR gerichtet über mangelnde „Familienzusammenführung“ klagt, ausländische Familien erbarmungslos

auseinandergerissen und „zur Abschreckung“ Asylanten wie Sklavenarbeiter ausgebeutet und in KZ-ähnlichen Quartieren interniert. Hier wird ein idealer Nährboden für das Anwachsen faschistischer Ideologie und Aktivitäten von der Bourgeoisie vorbereitet.

Schlagt die Angriffe zurück!

Die deutschen und ausländischen Kollegen dürfen sich diese Angriffe nicht gefallen lassen! Noch ist die Arbeiterklasse stark, gut organisiert, die Kampfkraft der Arbeiter ist nicht durch ein Riesenheer von Arbeitslosen wie in den dreißiger Jahren gelähmt. Noch ist die Arbeiterklasse selbstbewußt. Jetzt muß die Offensive des Kapitals zurückgeschlagen werden! Appelle der Gewerkschaftsführer an die Bundesregierung, „Beschäftigungsprogramme“ einzurichten, sind nutzlos. Denn ein kapitalistisches Beschäftigungsprogramm wäre ein reiner Taschenspielertrick, eine Umverteilung von Massensteuern für Investitionen, die meistens die Wegrationalisierung weiterer Arbeitsplätze bedeuten und die begrenzte Durchführung öffentlicher Arbeiten, die zuvor mit großem Sparaufwand aus dem Haushalt rausgekürzt worden waren. Loderers „Neue Beweglichkeit“, d. h. kein nationaler Streik, führte im letzten Jahr

zu dem 4,9 Prozent Lohnraubabschluß. Es müssen nationale Streiks organisiert werden, um Betriebsstillegungen zu verhindern, um Lohnerhöhungen, nicht Lohnsenkungen zu erreichen und um die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände zu erkämpfen: 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn! Für eine großangelegte Organisation öffentlicher Arbeiten als Teil eines allgemeinen Planes! Für die Enteignung der Banken und Schlüsselindustrie durch eine Arbeiterregierung!

Kampfeswille ist vorhanden

Die Arbeiter bei VDM in Frankfurt hatten im letzten Oktober für eine Woche ihren Betrieb besetzt. Die Gewerkschaft unterstützte sie nicht. Nur eine geringfügige Erhöhung der Sozialpläne sprang dabei heraus, nicht der Erhalt der Arbeitsplätze. Heute kämpfen die 1700 Arbeiter der Ulmer Firma Videocolor um ihren Arbeitsplatz. Und wieder werden sie von der Gewerkschaftsführung „aus rechtlichen Gründen“ nicht tatkräftig unterstützt. 900 von ihnen sind Ausländer, denen die Ausweisung bevorsteht und auch ihre deutschen Kollegen haben kaum Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz. Videocolor, ein übrigens profitables Unternehmen, das

Fortgesetzt auf Seite 11